

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 abonnements: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 Vereins- und Verfammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.

Kreisprediger: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 29. Juli 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Bezugs-Einladung.

Am 1. August 1898 beginnt ein neues Abonnement auf den  
**„Vorwärts“**  
 mit Unterhaltungsblatt und der illustrierten Sonntags-Beilage  
**„Die Neue Welt.“**

Der im Unterhaltungsblatt bisher erschienene Theil  
 des Romans:

#### „Um die Freiheit“

Von Robert Schweißel

wird neuauftretenden Abonnenten kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren sowie unsere  
 Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen  
 Preise von

**1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements  
 zum Preise von

**2 Mark 20 Pfennigen**

für die Monate August und September

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste  
 für 1898 unter Nummer 7576.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

### Der patriarchalische Gutsherr.

Das platte Land klagt seit langem und vielfach nicht  
 mit Unrecht über eine verhältnismäßige Ueberbürdung durch  
 Armenlasten, die eigentlich den Industriebezirken zufallen  
 müßten. Durch das Reichsgesetz von 1894 ist darin zwar  
 manches gebessert worden, indes ist damit der Abschluß der  
 notwendigen Reformen zweifellos nicht erreicht.

Ein Theil der Klagen der Landgemeinden des preussischen  
 Ostens rührt jedoch gar nicht aus der unbilligen Lasten-  
 vertheilung zwischen den Distrikten der Industrie und der Land-  
 wirtschaft, der vorwiegenden Zu- oder Abwanderung, her.  
 Er hat seine Ursache vielmehr in der rücksichtslosen Abwägung  
 der Armenlasten vom Gutsbezirk auf die benachbarten  
 Landgemeinden. Hier thut der feudale Landlord  
 genau dasselbe, was er sonst dem kapitalistischen Schlotjunker  
 vorwirft: er ruht die Arbeitskräfte zur Gewinnung von mög-  
 lichst viel Mehrwert aus, schiebt jedoch alle aus der Ver-  
 armung der Ausgebeuteten etwa erwachsenden Verpflichtungen  
 auf seine lieben Bauern außerhalb des Gutsbezirk ab. Die  
 Landgemeinde-Ordnung von 1891 hat hier wenig gebessert,  
 und soweit sie der Regierung Vollmachten zum Einschreiten  
 giebt, liegt es einer konservativen und von konservativen Mehr-  
 heiten abhängigen Verwaltung natürlich sehr fern, mit feister  
 Hand in die gutsherrlichen Besperrmeister hinein zu greifen.  
 So ist ziemlich alles geblieben, wie es vor den schändlichen  
 liberalen Anläufen von 1891 war.

Zu wenig rühmlichen Lichte — berichtete damals Münster-  
 berg in den Schriften des Deutschen Verein für Armenpflege  
 und Wohltätigkeit — erscheinen nach einer großen Zahl von  
 Berichten die Inhaber größerer Gutsbezirke und Grundherr-  
 schaften. Von ihnen wird aus allen Theilen Deutschlands  
 angegeben, daß sie der Armenlast theils dadurch entgegen-  
 zuwirken suchen, daß sie in den Kontrakten mit ihren Pächtern  
 ausdrücklich vorschreiben, keine Diensthöfen, Anechte  
 und landwirtschaftliche Arbeiter länger als ein oder  
 1 1/2 Jahre (also niemals bis zum Erwerb des Unterhaltungs-  
 wohnsitzes im Gutsbezirk) zu behalten, oder daß sie ihre Leute  
 in der bäuerlichen Nachbar-gemeinde ansiedeln. Auch lassen  
 diejenigen, welche Besitzer zweier selbständiger Gutsbezirke  
 sind, ihre Leute abwechselnd 1—1 1/2 Jahre in dem einen  
 und in dem anderen Bezirke wohnen; im letzteren Falle  
 werden die Leute im Falle der Verarmung jedenfalls Landarme,  
 während in den übrigen Fällen sie den Nachbar-gemeinde  
 zur Last fallen, sofern diese sich nicht rechtzeitig zu sichern  
 wissen. Da die Landarmen, die durch ununterbrochene,  
 mehr wie zweijährige Abwesenheit ihren alten Unterhaltungs-  
 wohnsitz verloren, einen neuen in dem Hin und Her jedoch  
 nicht erworben haben, von größeren Verbänden — in Preußen  
 von den Regierungsbezirken — zu unterhalten sind, so ist der  
 edle Junker also in jedem Falle jeder Verpflichtung ledig; er  
 läßt, wie gewöhnlich, andere für sich zahlen.

Wir haben die Münsterberg'sche Schilderung vorangestellt,  
 weil sie alles wesentliches aus der patriarchalischen Armen-  
 praxis unserer Gutsherrn knapp zusammenfaßt. Bei der Ver-  
 rathung der Herrschaftlichen Landgemeinde-Ordnung im preussischen  
 Abgeordnetenhaus kamen alsdann noch verschiedene ab-  
 schreckende Einzelfälle zur Sprache.

Der konservative Abgeordnete Barth, in der Provinz  
 Sachsen zu Hause, wiederholte die Darstellung der Ein-  
 quartierung des Arbeiters in der Nachbargemeinde, um ihn  
 dort den Unterhaltungswohnitz erwerben zu lassen. Nicht  
 der Gutsherr jedoch selber für die Behausung sorgen und  
 vielleicht vollständige Arbeiterkasernen für die von auswärts  
 herangezogenen Anechte, Kägde und Familien errichten, so  
 kommt ein anderer Kniff zur Anwendung: man kauft als

Baugrundstück Land aus dem Gemeindebezirk und die Armen-  
 last für diese Arbeiter, die lediglich im Gutsbezirk beschäftigt  
 werden, ist abermals der Landgemeinde aufgehast. „Ich habe  
 sehr viele Fälle im Auge,“ setzte Herr Barth hinzu.

Der alte Meyer-Arnswalde — einer der Wenigen,  
 die noch aus ehrlichem Glauben an den alten preussischen  
 Zuständen hingen — war über die Mittheilungen aufs höchste  
 betroffen. In der ersten Lesung noch hatte er den Gutsbezirken  
 eine „musterhafte Armenverwaltung“ nachgerühmt, weil der  
 Arbeitgeber hier zugleich der Armenverband sei und mit  
 persönlicher Theilnahme an dem Verarmten hinge. Diese  
 Anerkennung nahm er in der zweiten Verathung in aller Form-  
 lichkeit zurück:

Der Herr Minister hat die Güte gehabt, mich bei einer  
 privaten Besprechung auf Ausnahmefälle hinzuweisen, die vor-  
 gekommen sind. Ich habe dann weitere Nachfragen ge-  
 halten und es recht unerfreulich bestätigt gefunden.  
 Es kommen also, auch in der Provinz Brandenburg, Fälle von  
 einer recht unverwerflichen Praxis auf freilich nur vereinzelten (?)  
 Gütern vor. Der Gutsherr, der da eigentlich die Armenpflege seiner  
 Leute und Dreißiger hat, baut auf dem Fundus der neben-  
 wohnenden Gemeinde, also auf einer Büdnerstelle, die er vielleicht  
 erwirbt, oder auf einem Bauernhof ein Tagelöhnerhaus, ein  
 großes Familienhaus, und setzt entweder alle Tagelöhner hinein  
 oder wenigstens die schon anstößigen, die nur noch halbberbeits-  
 fähig sind. Wenn sie zwei Jahre dort gewohnt, aber bei ihm  
 weiter gearbeitet haben, dann sind sie plötzlich im Falle der Be-  
 dürftigkeit Ortsarme in der Gemeinde geworden. Das ist  
 ein sehr bedenkliches Verhältniß.

Der gutmüthig pollernde Alte ging in seiner Entrüstung  
 sogar soweit, daß er — die Aufhebung der alten Stände-  
 gesetze beklagte, denn nach diesen hätte man solche Unwürdig-  
 wegen bescholtenen oder angeforderten Rufes“ von der  
 Standhaftigkeit gänzlich oder zeitweise anschießen können! In  
 einem Falle, fügte er bei, habe er selber dieses Gesetz als  
 Landrath angewendet:

Vor dreißig oder vierzig Jahren kam ein Gutsbesitzer meines  
 Kreises — er ist seitdem verstorben und auch schon verstorben —  
 bei mir ein um den Konsens zum Bau einer großen Arbeiter-  
 kaserne auf einem Wäldergrundstück der benachbarten Ge-  
 meinde. Als ich ihn fragte, wie das zuginge, und was er  
 beabsichtige, kam es heraus, er wollte diese Prozedur machen,  
 damit seine sämtlichen Tagelöhner eventualer Ortsarme der  
 Gemeinde würden. Ich antwortete ihm: „Verzeihen Sie, wenn  
 Sie dabei bleiben, werde ich nach dem Gesetz von 1847 bei der  
 Mitherrschaft den Antrag stellen, Sie aus den Ständen aus-  
 zustoßen, also lassen Sie es lieber bleiben.“ Das sah er auch  
 ein und die Sache unterließ.

Sie sehen also, meine Herren, das Gesetz half genau nach der  
 Richtung, wie es helfen sollte. Diese Handhabe des Gesetzes ist  
 nun leider jetzt durch die Kreisordnung zugleich mit den Ständen  
 selbst beseitigt, und jeder Mitherrschender kann sich jetzt in dieser  
 Richtung so unehrenhaft benehmen, wie er will. (Heiterkeit.)

Man mußte schon der alte Meyer sein, um dieses Ver-  
 trauen auf die „Ehrenhaftigkeit“ der korporativ vereinigten  
 Junkerschaft nicht sehr unzeitgemäß zu finden. Zudem hatte  
 vorher der Abgeordnete Barth festgestellt, daß die  
 Blüthe alles ständischen Geistes, nämlich der preussische Staat  
 selber, vor der Anwendung der gleichen Mittel in seinen  
 Domänenbezirken nicht zurückschreckt, oder doch seine Pächter  
 zur Anwendung dieser Mittel geradezu nöthigt und verleitet:

Vor allen Dingen verdient aber Erwähnung, wie der Fiskus  
 bei Verpachtungen der Güter vorgeht. (Wort! hört!) Ich  
 habe Verträge in Händen gehabt — und es ist mir gesagt worden,  
 daß sie wörtlich den Verträgen entsprechen, die bei den Domänen-  
 verpachtungen abgeschlossen werden — in denen dem Pächter  
 auferlegt wird, wenn ich nicht irre, bis auf zwei Jahre, nach  
 Ablauf der Pachtung für alle Armenlasten in bezug  
 auf die Leute einzutreten, welche während seiner Pachtzeit von ihm  
 angenommen sind. Der Pächter sucht sich nun dadurch zu schützen  
 — mir stehen Fälle aus meiner amtlichen Praxis zu gebote —  
 daß er einen Arbeiter, wenn er alt ist und anscheinend  
 bald nicht mehr arbeitsfähig sein wird, zwar nicht aus der Arbeit  
 entläßt, aber aus dem Arbeiterhause entfernt. Dieser Arbeiter  
 miethet sich nun im nächsten Dorfe ein, und die Gemeinde kann  
 ihn nicht abweisen, weil er noch Arbeit auf dem Gute bekommt.  
 Sobald die zwei Jahre um sind, wird ihm gekündigt und er liegt  
 der Landgemeinde zur Last. Dergleichen Fälle kommen nicht  
 vereinzelt vor.

Das heißt in der Wirkung doch weiter nichts, wie die  
 staatliche Domänenpacht auf Kosten der umliegenden Bauern  
 erhöhen.

Mitunter helfen sich die Gemeinden, indem sie mit dem  
 Gutsherrn unter einer Decke spielen: man scheidet im gegen-  
 seitigen Einverständnis die Arbeiter alle 1 1/2 Jahre zwischen  
 Gutsbezirk und Gemeinde hin und her. Der edle Junker hat  
 vielleicht auch Arbeiterwohnungen auf eigenem Boden und  
 ebenso eine Arbeiterkaserne im Dorfbiet, und kann, ähnlich  
 wie im oben erwähnten Falle zweier Gutsbezirke, durch  
 ein sinnvolles System der Ein- und Ausquartierung Arbeiter  
 jahrelang ausnutzen, ohne daß sie irgend welchen Unter-  
 haltungswohnitz erwerben: weder in der Gemeinde noch im  
 Gutsbezirk haben sie jemals „ununterbrochen“ ausreichend  
 lange gewohnt. Auf diese Weise werden alle Arbeiter,  
 welche später hilfsbedürftig werden sollten, zu Landarmen  
 erzogen.

Auch Herr v. Meyer-Arnswalde war dieses Verfahren  
 schließlich nicht unbekannt geblieben:

Es soll vorkommen, daß ein Gut und eine Gemeinde oder  
 zwei Gemeinden, die nebeneinander liegen, sich freundschaftlich  
 dahin vereinigen, daß sie ihre Tagelöhner alljährlich „verwechselt  
 das Bäuerchen“ spielen lassen. Die Tagelöhner ziehen dann in dem  
 einen Jahr vom Gute nach der Gemeinde, im anderen von dem

Gemeinde nach dem Gute zurück und so alle Jahre umgekehrt.  
 Das ist ja ein sehr schlauer Gedanke, weil auf diese Weise der  
 Landarmen-Verband mit der Armenpflege des Gutes und  
 der Gemeinde respektive beider Gemeinden belastet wird. Schlaue  
 ist der Gedanke, aber ich muß sagen, sehr sauber  
 ist er auch nicht. (Allseitige Zustimmung.) Wie gesagt, das  
 soll vorkommen, es ist mir heute sogar gesagt, daß ein Fall vor-  
 gekommen ist, wo ein großer Domänenpächter sich in  
 dieser Beziehung mit betheilig haben soll, die Akten darüber habe  
 ich freilich noch nicht eingesehen.

Es läßt sich fast ziffermäßig nachweisen — faßt der  
 Minister Herrfurth seine Erfahrungen auf diesem Gebiete  
 zusammen — daß die große Mehrzahl der bei den Bezirks-  
 ausschüssen, namentlich aber bei dem Bundesamt für Heimath-  
 wesen zur Entscheidung gelangenden Armenstreitsachen  
 aus den Ostprovinzen sich darauf bezieht, ob ein Armer der  
 Gemeinde oder dem mit derselben im Gemenge liegenden  
 Gutsbezirk angehört, oder ob er — und das ist fast der  
 häufigste Fall — infolge eines sehr sinnreich ausgedachten und  
 konsequent durchgeführten Ab- und Zuschiebungssystems Land-  
 armer geworden ist.

Wer wollte leugnen, daß hier noch immer die schwersten  
 Mißstände nach Abhilfe schreien? Wer wollte jedoch von  
 einer konservativen Regierung, der die Durchführung der  
 Landgemeinde-Ordnung obliegt, wer wollte von einer konser-  
 vativen Landtagsmehrheit auch nur die geringste Besserung  
 erwarten?

### Politische Ueberflucht.

Berlin, den 28. Juli.

Der Erlaß des Ministers des Innern über das Wachsthum  
 der Sozialdemokratie, den wir in voriger Nummer veröffentlichten,  
 wird heute in der Presse lebhaft besprochen. Die Nordd. Allg. Ztg.,  
 allerdings vermeintlich bisher den Erlaß ihren Lesern. Galt sie ihn  
 etwa nicht für eht? Sie sollte die Zuverlässigkeit unseres Blattes  
 doch zur genüge kennen.

Die übrige Presse beurtheilt den Erlaß je nach ihrer Partei-  
 stellung. Die konservativen Blätter bedauern zum theil, daß der  
 Minister den Erlaß geheim verfaßt hat. Die „Berliner  
 Neuesten Nachrichten“ ziehen den Schluß, daß je höher die  
 sozialdemokratische Fluth steigt, desto schneller selbst die mehr oder  
 weniger überzeugten Gegner von Ausnahmengesetzen zugeben werden,  
 daß ihr schließlich mit allen Mitteln entgegenzutreten werden  
 muß. Diese Weisheit ist sehr billig und gar nicht neu.

Das Stöder'sche „Volk“ spricht den Wunsch aus: „Möchten  
 sich unter den Präsidenten einige einsichtige, sozialpolitisch unter-  
 richtete Herren finden, welche die bedenklichen Mäcken in Herrin  
 von der Recke's Kenntnissen auf diesem Gebiet angemessen ausfüllen  
 und ihn vor neuen Mißgriffen, etwa in der Richtung eines „kleinen  
 Sozialistengesetzes“, bewahren.“

Die „Germania“ sagt: „Diese Untersuchung der Ursachen  
 des Anwachsens der Sozialdemokratie auf dem Lande wird auch das  
 Auffinden der richtigen Heilmittel erleichtern und die Regierung  
 hoffentlich erkennen lassen, daß sie mit polizeilichen Repressiv-  
 maßregeln und mit kleinen Chikanen untergeordneter Polizei-  
 Organe die Sozialdemokratie nicht zurückdrängen kann.“

Rechtlich sprechen sich auch die liberalen Blätter aus. Die  
 „Vossische Zeitung“ beispielsweise führt aus: „Wir können  
 nicht umhin, den Minister des Innern unser aufrichtiges Bedauern  
 darüber auszusprechen, daß er, um über die Ursachen des Wachstums  
 der Sozialdemokratie unterrichtet zu werden, auf die Berichte  
 der Regierungspräsidenten angewiesen ist. Und die Regierungs-  
 präsidenten sind ebenfalls zu bedauern, daß sie solche Berichte er-  
 statten müssen. Abhängige Verwaltungsbeamte, die ohne weiteres  
 ihres Amtes enthoben werden können, die auch obenein fast aus-  
 nahmslos derselben Partei, derselben sozialen Klasse angehören, die Welt  
 durch diefehle Brille anzusehen gewöhnt sind, die sind schwerlich ge-  
 eignet, ein unbefangenes, unparteiisches Urtheil über das Wachsthum  
 der Sozialdemokratie zu gewinnen oder abzugeben.“

Im Bunde der Landwirthe steht man jetzt vor der Frage,  
 wer der Würdige sei, den erledigten Dreizehntel des „Vater Blöth“  
 zu besetzen. Der „Vater-Blöth“ deutete dieser Tage an, die  
 Frage werde im Sinne des „Aufstehens“ erledigt werden. Das  
 würde besagen, der zweite Bundesvorsitzende Dr. Köhler solle  
 erster Vorsitzender werden. Wir wissen nicht, ob diese Richtung etwa  
 aus Höflichkeit befreundeten Kreisen „lanziert“ ist; zweifellos macht er  
 sich große Hoffnungen darauf, das Erbe des Herrn v. Blöth anzu-  
 treten. Dies würde aber die Konservativen sehr erbittern, denen  
 Köhler aus politischen, sozialen und religiösen Gründen eher alles  
 andere als persona grata ist. Dr. Fahne, der auch von verschiede-  
 nenen Seiten als Nachfolger v. Blöth genannt wird, scheint nicht  
 in betracht zu kommen, er dürfte in weiteren Kreisen wohl mehr als  
 lustige Person aufgefaßt werden. Anscheinend wird es aber zum  
 Streite darüber kommen, ob Köhler oder ein konservativer  
 Junker v. Blöth Nachfolger wird.

Zweifellos wird Herr v. Miquel sich dafür bemühen, daß ein  
 möglichst regierungsfremmes Individuum an die  
 Spitze des Bundes komme — wenn er es nicht schon geihan hat.  
 So eröffnet die Wahl nach mehr als einer Richtung Ausblicke auf  
 interessante Entscheidungen. Es wird sich vor allen Dingen jetzt  
 zeigen, ob der Bund als gouvernementale oder oppo-  
 sitionelle Institution sein weiteres Dasein fristen wird. Aber jede  
 dieser beiden Eventualitäten hat ihre Schwierigkeiten. Wird der Bund  
 gouvernemental, so wird er auch langweilig werden und die  
 radikalere und antisemitische Elemente springen ab; bleibt er aber  
 oppositionell, so sigt die Regierung ihm im Nacken.

Mit heiterer Ruhe werden wir zusehen, wie der geehrte Bund  
 zwischen diesen beiden Heubündeln wählen wird.

**Zentrum und Wahlrecht.** Herr Dr. Lieber hat nun der  
 „Oberschlesischen Volkszeitung“ folgende Erklärung über seine und  
 seiner Partei Stellung zum Wahlrecht gesandt:

„Alles, was mir von Vätern wider das allgemeine, gleiche  
 unmittelbare und geheime Wahlrecht und für ein neues Sozialisten-  
 gesetz in veränderter Gestalt, besonders scharfer Umgrenzung, und

von einem Kaufgeschäft damit gegen Aufhebung des Jesuiten-Gehebes und Einbringung eines neuen Volksschul-Gesetzes in Preußen nachgesetzt wird, ist von A bis Z aus den Fingern des Schwärzmannes der „Volkzeitung“ gezogen, freie und noch dazu recht stümperhafte Erfindung und in allen seinen Theilen erlogen.

Der aus meiner Monatsbaurer Wahlrede oder vielmehr aus einem weder stenographirten, noch kontrollirten, auch im Drucke mir niemals zu Gesicht gekommenen Bericht über dieselbe herausgerissene Satz ist ebenso vollständig aus dem Zusammenhang gerissen, wie der bekannte Schriftbeweis, daß es keinen Gott giebt. (S. 131, 132.)

Mit härtestem Ausdruck und nachdrücklichster Betonung erkläre ich vom ganzen Centrum, ohne Ausnahme, daß es nach aller seiner Angehörigen Ueberzeugung ein Verbrechen wäre, das einmal verübene Wahlrecht in irgend einem der vier wesentlichen Merkmale desselben anzutasten.

Vornach ist die entschiedenste Erneuerung und kräftigste Unterstützung früherer Anträge auf wirksamere, gesetzlich vollkommene Schutz gerade des Wahlgeheimnisses von mir angekündigt worden.

Diese Erklärung des Herrn Dr. Lohrer ist recht deutlich. Jedoch sollte der Centrumsführer etwas vorsichtiger sein und nicht so stolz „vom ganzen Centrum“ reden. Die „Rheinische Volkstimme“ ist bekanntlich erst kürzlich scharf gegen das bestehende Wahlrecht zu Felde gezogen.

**Kanalbauten in Preußen.** Auf dem Drüseler Dampfschiff-Fahrtsgesetz hat, wie wir mittheilten, Geheimrath Schulz eine Vorlage für den preussischen Landtag angekündigt, die 400 Millionen Mark für Kanalbauten fordert. Aus seiner Rede sei noch folgende bemerkenswerthe Stelle nachgetragen:

„Wenngleich zu befürchten sei, daß einflußreiche Strömungen in Preußen dem Ausbau dieser Wasserstraßen ihren Widerstand entgegen setzen und andere Landesheilige Kompensationen fordern würden, so werde sich die Staatsregierung doch durch den vor zwei Jahren im Landtage erklärten Muthwilligkeit nicht entmuthigen lassen und demnächst eine neue umfassende Kanalvorlage einbringen, die auf 400 Millionen Mark zu beziffern sein würde. Die Staatsregierung habe das Vertrauen, daß der glückliche Ausbruch der Industrie dazu beitragen werde, die notwendigen Hindernisse seitens der Nichtbetheiligten in umfassender Weise auszuräumen zu sehen. Der Ausbau der Wasserstraßen sei eine Nothwendigkeit, da die Eisenbahnen dem Bedürfnis des Verkehrs nicht mehr zu entsprechen vermöchten, und bei einer Ueberlastung des Bahnverkehrs Betriebsunfälle zu befürchten seien.“

Ob es der Regierung gelingen wird, die Landtags-Konventionen für ihre Pläne zu gewinnen, erscheint noch einigermaßen zweifelhaft. Nachdem die Regierung die Herren Agrarier durch Nachgiebigkeit verstimmt hat, wird ihr die Lösung in der Kanalfrage nicht leicht werden.

**Landtagswahl.** Mit der Aufstellung von Kandidaturen für die Landtagswahl beginnen jetzt die Konservativen. Von einer lebhafteren Bewegung ist aber noch nichts zu hören.

**Revision des Impfvollzuges.** Im Reichsamte des Innern haben, wie schon gemeldet wurde, Verhandlungen darüber stattgefunden, ob eine Durchsicht oder Ergänzung der zum Vollzuge des Impfscheines erlassenen Bestimmungen angebracht sei. In den Verhandlungen, die der Direktor des kaiserlichen Gesundheitsamtes leitete, waren der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ zufolge außer mehreren Impfgenerälen (Dr. König in Berlin und Dr. Gieseler in Braunsfeld) und den Vorstehern der hauptsächlichsten staatlichen Anstalten (Chalhbaus, Fischer, Pfeiffer, Schulz, Siegel, Stumpf) noch eine größere Anzahl hervorragender Sachverständiger zugezogen worden. Die Beratungen, deren Ergebnisse demnächst dem Bundesrath zur Beschlußfassung vorgelegt werden, erstreckten sich im wesentlichen außer auf eine Revision der Vollzugsbestimmungen zu dem Impfscheine auf die Durchsicht und Ergänzung der Vorschriften über Einrichtung und Betrieb der staatlichen Anstalten zur Gewinnung thierischen Impfstoffes.

Die deutsche Kolonialgesellschaft hat den Reichsminister in einer Eingabe ersucht, in den nächsten Etat der Kolonien die erforderlichen Mittel einzustellen, um die Koch'schen Malaria-Forschungen weiter zu verfolgen und ihre Lücken zu ergänzen.

**Ein sonderbares Fragezeichen.** Die „Kreuz-Zeitung“ bringt einen Leitartikel, betitelt: „Was ist der Inhalt der Sammlung.“ Und hinter diese Worte setzt sie ein herausfordernd höhnisches Fragezeichen, das sie auf der folgenden Spalte bedruckten Papiers zu rechtfertigen sucht. Die Rechtfertigung ist gar komisch. Es hätte noch weit schlimmer sein können. — Viele haben es noch schlimmer erwartet — und wenn wir uns die Sache ganz genau ansehen, hat die Politik der Sammlung wirklich keine eigentliche Niederlage erlitten. Vorläufig bleibt es aber noch bei dem Fragezeichen. Und da erinnert uns die „Kreuz-Zeitung“ an jenen tapferen Herrn, der, nachdem er von jemand die Treppe hinuntergeworfen war, ganz aufgeregt zu einem Freund fürzte mit der Frage: „Wie habe ich das aufzufassen? Ist's eine Beleidigung?“ Jedenfalls sind Sie die Treppe hinuntergeworfen.“ antwortete der Freund.

Und darauf kommt's an. Wir wissen nicht, ob der Held dieser Geschichte hintenherum entdeckt hat, daß es ein Vergnügen, eine Ehre und ein Triumph ist, die Treppe hinuntergeworfen zu werden. Das aber wissen wir, wenn die „Kreuz-Zeitung“ noch acht Tage länger in ihrer Fragezeichen-Stimmung bleibt, wird sie entdeckt haben, daß der 16. Juni 1898 ein riesiger

Triumph der Sammlungs-Politik gewesen. Ein beneidenswertes Naturell, das!

**Polenabweisungen.** Das polnische Blatt „Wars“ in Warschau meldet, der Regierungspräsident in Düsseldorf habe die Ausweisung sämtlicher ausländischer Polen angeordnet, die nicht in der Landwirtschaft beschäftigt seien. Den industriellen Arbeitern, welche bereits länger als zwei Jahre dort thätig seien und deren Ausweisung dem betreffenden Arbeitgeber Verluste verursachen würde, sei der Aufenthalt ausnahmsweise bis zum 15. November gestattet. Die landwirtschaftlichen Arbeiter dürften nur bis zur Beendigung der Saisonarbeiten geduldet werden.

**Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbebeziehung von 1895 für das Reich ist bis jetzt (Ende Juli 1898) in folgender Weise vorgeschritten:** Es kommen in Betracht die Ergebnisse 1. der Berufsbeziehung, d. h. die Angaben über die Berufsverhältnisse, welche aus dem am 14. Juni 1895 ausgefüllten Hausstandslisten entnommen wurden; 2. der Aufnahmen über die landwirtschaftlichen Betriebe, welche durch die gleichzeitig veröffentlichten landwirtschaftlichen Erhebungen gewonnen wurden; 3. der am demselben Tage mittels der Gewerbestatistik erhobenen Daten über die gewerblichen Betriebe.

Die Hauptergebnisse aller drei Aufnahmen hat das Statistische Amt mit kurzen Erläuterungen in vier „Ergänzungsheften“ zu den Jahrgängen 1896, 1897 und 1898 der „Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs“ veröffentlicht. Von den ausführlichen Darstellungen, die zusammen 18 Bände der Statistik des Deutschen Reichs einnehmen werden, sind bis jetzt im Buchhandel folgende erschienen:

1. von der Berufsstatistik die Bände 102 und 103, enthaltend die Tabellen für das Reich im ganzen, 104 bis 108 für die einzelnen Staaten und deren größere Verwaltungsbezirke, 107 und 108 für die einzelnen 26 Großstädte (von mehr als 100 000 Einwohnern), 109 für die kleineren Verwaltungsbezirke (preussische Kreise, bayerische Bezirksämter etc.), 110 für fünf Orts-Ordnungsklassen, nämlich die Ergebnisse zusammengefaßt für die Orte von weniger als 2000 Einwohnern, von 2000 bis 5000, von 5000 bis 20 000, von 20 000 bis 100 000 und für die Großstädte, welche letzteren einzeln in den oben angeführten zwei Bänden behandelt sind. Von der Berufsstatistik steht noch aus der Band 111, in welchem das Resümee aus jenen neun Bänden gezogen und mit kartographischen Darstellungen illustriert werden soll.

2. Die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebsbeziehung liegen vollständig bearbeitet vor in dem Bande 112 unter dem Titel „Die Landwirtschaft im Deutschen Reich“, der außer dem eigentlichen Tabellenwerk die zusammenfassenden Uebersichten nebst Erläuterungen und kartographischen Anlagen enthält. Die Bearbeitung erstreckt sich sowohl auf Vergleichung mit den Ergebnissen der im Jahre 1892 gemachten gleichartigen Erhebung in Deutschland, wie auch auf die Resultate ähnlicher Aufnahmen im Auslande.

3. Auf Grund der 1895er gewerblichen Betriebsbeziehung sind bis jetzt von den in Aussicht genommenen 7 Bänden zwei erschienen, nämlich 117 und 118, enthaltend die Gewerbestatistik der Verwaltungsbezirke. Es sind darin für alle einzelnen kleineren und größeren Verwaltungsbezirke der 26 Staaten und natürlich auch für diese selbst und das Reich die Zahlen der Betriebe und der darin gewerbthätigen Personen in der für die Gewerbestatistik maßgebenden Einteilung von 320 Gewerbearten gegeben. Es stehen von der Gewerbestatistik also gegenwärtig noch aus 5 Bände, nämlich die ausführliche tabellarische Darstellung für das Reich, für die einzelnen Staaten und für die einzelnen Großstädte; endlich die zusammenfassende Bearbeitung der gesammten Ergebnisse der Gewerbestatistik, die als Band 119 den Schluss dieser ganzen Reihe bilden soll. Diesen letzterbezeichneten Band fertig zu stellen, wird erst im nächsten Jahre möglich sein, während die anderen noch ausstehenden Bände noch im laufenden Jahre werden erscheinen können.

**Ein neues Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie** hat die nationalliberale „Straßburger Post“ entdeckt. In einem Briefe aus London verräth sie dasselbe, indem sie sich in folgender Weise vernehmen läßt:

„... Crickets ist das evolutionäre Spiel des Engländers; ... alle Schichten der Gesellschaft üben sich darin. Die Sozialdemokratie mit ihren utopischen Lehren kann in England keine Wurzel fassen, nicht nur, weil der Engländer für alle theoretische Weisheit zu sehr der Mann des gelunden, praktischen Menschenverstandes, des common sense, ist, sondern auch dieser gemeinsamen Interessen halber, die im Spiel wenigstens keine Grenzen ziehen zwischen Arm und Reich, zwischen dem niedrigsten Arbeiter und dem höchstgeborenen Aristokraten. Auf den Leistungen der Crickets bei Lords“, wo sich Gentleman mit Professionals, Eton mit Harrow, Oxford mit Cambridge, der Reiche nach messen, ruhen die Augen der ganzen Nation, und der ärmste Teufel in einer entlegenen Gasse des Ostens freut sich über den Sieg der einen Partei ebenso, wie der flor vornehmer Damen, die auf den Zuschauertribünen begeistert mit ihren weißen Händchen klatschen.“

Wie wäre es, wenn unsere deutschen Sozialistenfreier, anstatt sich mit langweiligen Ausnahmefällen und der Bekämpfung auf dem Verwaltungswege abzugeben, den Versuch machen würden, durch Einführung des früh-frühlichen Cricketspiels im Reich die böse Sozialdemokratie manetodt zu machen! —

## Auch ein „Ebenbürtiger“.

Diese Einblicke in das „hochedle“ Innere eines „Ebenbürtigen“ gewährt ein Brief des Erzherzogs Milan von Serbien, den dieser, um mit der Drohung seines Todes Geld zu erpressen, am 12. Januar 1893 aus Bagnone an seine Frau, die Erzherzogin Katalie, richtete, und der jetzt, veranlaßt durch Veranlassung der Königin Katalie, in dem jugoslawischen Blatt „Narodni Listy“ veröffentlicht, im Wiener „Journal“ in deutscher Uebersetzung vorliegt. Er kommt gerade zur rechten Zeit, wo durch den Lipper Fürstentum mal wieder die schönen mittelalterlichen Begriffe des „hohen Adels“ und der „Ebenbürtigkeit“ in den Vordergrund gerückt sind.

Milan, der angeblich unter dem Namen Henri Catorphi in einem elenden Hotel wohnt, schreibt als „wahrhaftige Weichte“: „Und hat eine Person getraut, die uns in den letzten Jahren unseres Lebens mehr als die Hölle gequält hat. Der Scandal brach an jenem Tage hervor, da Sie mir eine öffentliche Szene wegen Frau Hagan machten. Heute, wo ich keinen Grund habe, die Wahrheit zu verheimlichen, sage ich Ihnen, daß dieses Weib niemals meine Geliebte gewesen ist. Ich habe ihr zwar die Cour gemacht, und das ist alles. Aber eine verheiratete Dame, welche von dieser Kourmacherei wußte, brannte danach, meine Maitresse zu werden.“

Artemisia (Frau Christlich) war thatsächlich meine Maitresse; allein dies war sie erst nach Ihrer Abreise aus Serbien. Allmählich hat sich auch diese Affäre so komplizirt, daß sie von der andernartigen und inneren Politik ausgebeutet wurde und daß ich in einem bestimmten Augenblick klar sah, daß mir nichts anderes übrig blieb, als meinem Sohne die Krone durch meine Resignation zu retten. Deshalb verzichtete ich auf den Thron. Vor diesem Schritte versprach ich Artemisia, daß ich sie um so mehr zu meinem Weibe machen werde, als unser Verhältnis bereits ein festes Band hatte (einen unehelichen Sohn). Ich hatte damals kein Vermögen, lauter Schulden. Ich kam nach Paris. Zwei Jahre dauerte dieses Verhältnis mit Artemisia. Ich hatte stets dasselbe Ziel vor Augen, allein ich war weniger dafür begeistert und auch für die Person, deren Eigenschaften mir enthielten waren. Insbesondere aber hat mich in meinen Plänen der Rath und die Warnung meiner Freunde veranlaßt, welche mir zu verstehen gaben, daß diese meine Heirat dem Könige selbst schaden würde. Auch verfinsterte sich der Horizont in Serbien. Segen mich

wurde ein Krieg auf Leben und Tod geführt. Sie wurden getödtet und man manövrierte mit Ihnen, damit Sie nach Serbien kommen und hierdurch die Situation erschweren. Damals sah ich den Vorzug zu liquidiren, in der Hoffnung, ich werde dadurch mir und meinem Sohne eine unabhängige Stellung für den Fall verschaffen, daß er durch eine Revolution vertrieben werde. Allein statt Erfolg hatte ich eine Niederlage zu verzeichnen. Dazwischen gab es einen Moment, wo der Erfolg sich mir zuneigte. Da kam jedoch Artemisia und verfolgte mich sechs Monate hindurch Tag und Nacht, so daß ich keine Minute zur Ruhe und zu Athem kommen konnte. Ich wäre beinahe davon wahnsinnig geworden. Seit August habe ich nicht ordentlich geschlafen. Das Ende vom Liede ist: mein definitives und vollständiges Verderben. Weisheit und anderes Spiel haben das Werk meiner Vernichtung vollbracht. Ich bin zu sterben gezwungen. Die Welt wird sagen, die Weiber hätten mich vernichtet. Allein ich verweigere Ihnen, daß ich nur ein einziges Verhältnis hatte, das Ihnen bekannte, und das kostete mich keine materielle Opfer.

Heute bin ich nicht bloß ruhmlos, sondern schulde 345 000 Francs. Anderes Vermögen besitze ich keines, mit Ausnahme von Geräthen im Werte von ungefähr 100 000 Francs und Pretiosen um ca. 200 000 bis 400 000 Francs. Um jedoch meine Verbindlichkeiten und andere Verbindlichkeiten in Paris zu ordnen und diese Welt ohne Furcht verlassen zu können, muß meine Schulden halber nach meinem Tode Scandale entstehen können, was ich gezwungen, alle diese Sachen zu verkaufen. Würde ich das nicht vor meinem Tode thun, würde ein Scandal auch auf meinen Sohn fallen. Ich will mich nicht an die Regenschatt in Serbien wenden, denn ich habe Gründe genug, zu vernünftigen, daß Artemisia nicht nur nicht mein Freund, sondern im Gegentheil mein und meines Sohnes Feind ist. Meine Schriftstücke dürfen weder in die Hände der Regenschatt, noch in jene von Serbien gelangen. Mein Sohn wird sie eines Tages benötigen.

Ich habe Sie aus Deutschland und Serbien durch Gendarmen vertrieben lassen. Ich habe Ihnen Leides genug zugefügt. Aber in dem Augenblicke, wo meine Tage gezählt sind und wo ich dies alles vor Ihnen bekenne, bitte ich Sie um Verzeihung, beschwöre Sie jedoch zugleich, meinen Sohn zu retten. Wachsen Vorwürfe können Sie mir wohl machen, aber keinen des Geldes wegen. Vielleicht könnte zwischen uns eine Kombination zu Stande kommen, welche seine (des Königs) Ehre retten könnte, z. B. eine solche, daß Sie Inhaber von allem werden würden, was ich besitze. Wenn

**Obrigkeitliche Bekämpfung der Sozialdemokratie in Sachsen.** In Deuben bei Dresden haben die Arbeiter, weil ihnen jede Versammlungsgelegenheit abgetrieben war, beschloßen, den Wagner'schen Gasthof zu boykottieren. Der Gemeindevorstand des Ortes, Rudelt, hat sich darauf für den bedrängten Gasthof mit Eifer betätigt und sogar die Gemeindefolge zu Gunsten dieses Privatmannes in Anspruch genommen. Ein Gemeinderath-Mitglied des betreffenden Ortes führte hiergegen Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt. Diese Behörde gab folgenden Bescheid:

„Der Herr Gemeindevorstand zu Deuben hat die Absendung von Einladungen zum Besuche des Wagner'schen Gasthofes durch ihn als Ortspolizeibehörde und die Uebersetzung der hierdurch entstandenen Druck- und Portofolien auf die Gemeindefolge unter Bezug auf §§ 74 Abs. 1 und 75 der revidirten Landgemeinde-Ordnung als Maßnahmen bei Ausübung der Ortspolizei bezeichnet; er hat darauf hingewiesen, daß der von der sozialdemokratischen Partei über Wagner'schen Gasthof und die dort verkehrenden Geschäftsleute verhängte Boykott als Angriff auf die Sicherheit des Eigenthums von Gemeindefolgendern und als eine Störung des allgemeinen Friedens sich darstelle, zu deren Abwehr es nach den oben angeführten Gesetzesstellen verpflichtet sei; die dabei anfallenden Kosten hätten der Gemeinde demnach als Polizeiaufwand zur Last zu fallen.“

Dieser Anschauung aus Rücksicht entgegenzutreten, findet die königliche Amtshauptmannschaft keine ausreichende Veranlassung. Danach hat, so bemerkt die „Sächs. Arbeiter-Ztg.“, die Polizeibehörde unter Umständen die Aufgabe, zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie festzustellen zu veranlassen und dazu, ohne den Gemeindevorstand vorher darüber zu befragen, Gemeindefolgende zugeben. Die Polizei hat danach die Aufgabe, die Sozialdemokraten an der Erhaltung eines Versammlungsortes anzuhalten zu verhindern, indem sie von Amts wegen für Besatz und Unterstüzung des sich weitgehendem Wirthes sorgt.

**Lehrermangel.** Aus Dresden wird der „D. Z.“ geschrieben: In Sachsen fehlt der Lehrermangel von Tag zu Tag fühlbarer. Gegenwärtig werden bereits 81 Hilfslehrer, deren Stellen theils mit Kandidaten der Theologie, theils gar nicht besetzt werden konnten. Auch viele ständige Lehrstellen, besonders solche mit geringer Besoldung, mußten mehrfach ausgeschrieben werden, ohne einer geeigneten Bewerber zu finden. Auf Ausfüllung dieser Lücken, die sich im Laufe der nächsten Jahre durch Emeritierungen, Todesfälle und von 1900 ab durch den einjährigen Militärdienst noch bedeutend vermehren werden, ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, da der Andrang zu den Seminaren bedeutend nachgelassen hat.

**Eine „Sozialreform“ bei der sächsischen Staatsbahn.** Der „Leipziger Volks-Zg.“ wird geschrieben: Nach einer Verordnung, die den unteren Angestellten beim Betriebsamt Leipzig II dieser Tage kund und zu wissen gehen wurde, sollen solche Arbeiter, die vor langen Jahren einmal wegen einer Bagatelle bestraft wurden, nicht zur Prüfung und Anstellung zugelassen werden. Der vor vielleicht 20 Jahren einmal eine ein- oder zweitägige Haftstrafe wegen „Rechtens“ auf der Wanderschaft, Schlägeret, Ungehorsam oder ähnliches zu verüben hatte, dem wird nicht nur alle Aussicht, jemals in eine bessere Beamtensstellung zu gelangen, einfach verschlossen, ihm wird auch andere niedrigere Arbeit mit schlechterer Bezahlung zugewiesen. Und den betroffenen Arbeitern bleibt nichts übrig, als sich zu fügen oder ihrer Wege zu gehen.

Eine große Anzahl von Eisenbahngestellten wird von der neuen Verordnung betroffen. Mehrere haben bereits gekündigt, nachdem sie 10 oder 15 Jahre tren und brav dem Staate gedient, ihre gefunden Knochen zu Marcke getragen und zum theil in ihrer Gesundheit durch den Dienst schwer geschädigt worden sind.

Wenn die Bahnverwaltung sich vorgenommen hätte, Sozialdemokraten zu züchten, sie hätte gar kein besseres Mittel als ihre neueste Verordnung entdecken können.

**Aus Hessen, 27. Juli. (Eig. Ber.)** **Centrumsmoral.** Im Kampf für die „Sache Gottes“ braucht man mit den Mitteln nicht besonders wählerisch zu sein, das hat die Centrumpartei in Mainz wieder mal glänzend gezeigt. Im Mainzer Wahlkreis war zwischen den drei um das Mandat kämpfenden Parteien ein schriftliches Abkommen getroffen worden, wonach die Stimmzettel in genau gleicher Größe und von genau gleichem Papier hergestellt werden sollten. So geschah es auch bei dem ersten Wahlgang. Bei der Stichwahl aber wurde von einzelnen unserer Genossen die Wahrnehmung gemacht, daß Centrums-Stimmzettel auf merkwürdig abweichendem Papier im Kurs waren. Zunächst wollte man unfererseits die Sache für einen bedeutungslosen Zufall ansehen, da man es für unmöglich hielt, daß die Centrumpartei einen so offensbaren Bruch eines ehrenwärtigen Abkommens begehen oder geschehen lassen würde. Allein umfangreiche Nachforschungen haben nunmehr die Thatsache außer allen Zweifel gestellt, daß für die Stichwahl eine ganze Reihe von Offizialen wie auch Theile der Stadt mit Centrums-Stimmzetteln versehen worden sind, die sich durch Qualität und Färbung des Papiers so wesentlich von den vereideten Zetteln unterscheiden, daß sie bei einiger Aufmerksamkeit mit Sicherheit von ihnen unterschieden werden konnten. Diese Thatsache war auch den Wählern vieler Ortshaften bereits vor der Stichwahl bekannt und ist zur Ausübung einer Wahlkontrolle benutzt worden. Das sozialdemokratische Wahlkomitee des Mainzer Wahlkreises hat auf Grund genauer Erhebungen nunmehr an die lokale Zeitung der Centrumpartei die öffentliche Anfrage gerichtet, was sie auf diese Feststellungen zu erwidern habe. Und die Antwort?

unser Sohn volljährig wird, wird er entweder meine Pfänder bei Ihnen anlösen, oder er wird sie für immer in Ihrem Besitze belassen. Sie können sich denken, wie verzweifelt meine Lage sein muß, wenn ich mich mit einem solchen Anliegen an Sie wende, nach all dem, was sich zwischen uns zugetragen. Ueberlegen Sie alles wohl, überflügen Sie nichts und Sie werden mir zugeben müssen, daß ich so Eascha (Härschke) für Alexander zu Liebe handeln mußte. Was mich anbelangt, ich werde meine Tummelarbeiten und Karrethen anders hüßen. Sobald ich weiß, daß meine Angelegenheiten geordnet sind, werde ich sterben, denn es wird mir nichts anderes übrig bleiben. Auch bin ich des Lebens müde und soll. Ich werde ruhig sterben können mit der Gewißheit, daß mein Tod meinem Sohne nicht zur Unchre gereichen wird. Ich habe mein Leben geschändet und Unrecht gethan meinem Nächsten. Es ist mir gerecht, daß ich für diese Thaten mich vor Gott verantworte. Ich will mich nicht wehren: mich hat nur errett, was ich verdient habe. Aber Sie, Katalie — Ihrer harren noch Tage des Glückes. Sie werden ihm zur Seite weilen. Sie werden seine Rathgeberin sein, allein trauen Sie den Serben nicht. Unser Thron wartet. Wird er wohl die letzte Prüfung bestehen? Lehren Sie meinen Sohn sparen. Volljährig wird er Herr über ein bestimmtes Kapital werden. Das ist der einzige Dienst, den ich ihm, den Thron verlassend, erweisen konnte. Volljährig soll er nicht mehr vorausgeben als jetzt und soll zurücklegen, soviel er kann. Er möge eine reiche Heirat schließen und bei seiner Verehelichung nichts als Geld suchen. Artemisia würde ihn gerne mit der Tochter des Fürsten von Montenegro vernähen, das wäre jedoch für mich schrecklich. Nunmal sei sehr arm ist. Sollte ich sterben, ohne daß es mir gelungen wäre, vor meinem Tode meine materiellen Verhältnisse zu ordnen, so möge sich mein Sohn von mir loslösen und alle familiären und historischen Erinnerungen der Vergessenheit anheimgelassen, damit er nicht um Geld komme. Auf dieser Welt ist Reichthum der stärkste Ansporn. Ich weiß, was ich mein Leben lang angestanden, indem ich vergeblich danach strebte. Möge mein Leben und mein Tod ihm eine traurige Lehre sein. Wartet ihn, damit er nicht in dieselben Fehler verfaße, die mich vernichtet haben.“

Und so fort! Kathlich begünstigte Milan, als er seinen Hwed erreicht und Katalie ihm durch den Jaren einen großen Pump bei der Wolga-Rama-Pant vermittelt hatte, sich damit, sein Leben eine traurige Warnung sein zu lassen; auch seinen Tod dazu zu benutzen, hat er bis jetzt noch nicht für zweckmäßig gehalten.

Die schwarzen Herren sind natürlich wieder weiße Lämmlein. Zwar können sie die Thatsache nicht bestreiten, daß „Lagen von Stimmzetteln“ noch jetzt auf Lager sind, „die in etwas bezügl. der Färbung und Stärke von einander abzuweichen“, aber das ist selbstverständlich ein reiner „Zufall“, der lediglich auf das Schicksal des Papierfabrikanten zu setzen ist. — Diese Erklärung ist völlig unzulänglich und kann den frommen Herren die Schuld nicht abnehmen. Oder wollen sie etwa der Welt einreden, sie hätten von diesem „Zufall“ noch nichts gemerkt, zu einer Zeit, wo er sich noch leicht hätte abstellen lassen? Der ultramontane Drucker sowohl, wie den mit der Vertheilung und Ausgabe der Stimmzettel betrauten geistlichen und Laienbrüdern mußte die abweichende Färbung und Stärke sofort auffallen, um so mehr, als von den vor ersten Wahl ausgegebenen Zetteln noch genug zum Vergleich vorhanden waren. Und außerdem waren von sozialdemokratischer Seite mehrere Tage vorher allen Wählern Zetteln zugesandt worden, die der Vereinbarung entsprachen. Die frommen Herren sahen zwar den „Zufall“, aber sie — schwiegen! Warum wohl? — Weil ihnen entweder dieser Zufall sehr willkommen war, oder weil dieser sehr willkommene „Zufall“ gar kein Zufall war.

**Unter den Fittigen der Marine.** Der Korrespondent des „V. L.“ Eugen Wolf, der ein rechter Kolonialschwärmer ist und zur Zeit aus China Korrespondenzen schreibt, ist unzufrieden mit den Umständen in Kiautschou; besonders giebt ihm das Verfahren der Marinekorps auf Lande Anlaß zu Tadel. U. a. schreibt derselbe: „Auch die größeren Kaufmannshäuser in Shanghai, Hongkong, Hankau und Tientsin gehen bereits ihren Gefühlen Ausdruck. So habe ich Briefe, die Mitte Juni von dort abgegangen sind, empfangen, aus denen hervorgeht, daß selbst die eragantesten deutschen Kolonialschwärmer unsere Angelegenheiten in Kiautschou faul finden. Zum Schluß wiederhole ich es noch einmal, unsere Marine gehört nicht aufs Land, und wenn wir in unserem dummen Egoismus und Dünkel uns darauf stützen, sie an Land zu belassen, so werden wir es später bitter zu bereuen und nebenbei schwer zu zahlen haben. Ich könnte über die Behandlung nach Tientsin zu gereizter deutscher Kaufleute, Handwerker, Missionäre, über die Behandlung der Kulis zc. zc. Kapitel schreiben. Als Freund unserer Marine will ich mit solchen Details nicht Zwietracht säen, denn ich gebe mich noch immer der Hoffnung hin, man werde, ehe es zu spät geworden, an maßgebender Stelle einsehen, daß unsere Niederlassung in China nicht unter die Fittige der Marine gehört.“

**Oesterreich.**  
**Heber die Schließung des Reichsraths** schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“:

„Mit der Schließung der Session profitirt die Regierung nur eines: die Immunität der Abgeordneten hat aufgehört. Nun verstehen wir sehr gut, daß dem Grafen Thun, dem Meister zweier Ausnahmestände, die Unersorgbarkeit der Abgeordneten ein Dorn im Auge sein mag, aber schließlich kann sich der Witz einer Regierung nicht daran erschöpfen, auf ein paar unbedeutende Abgeordnete eine Treibjagd zu veranstalten, davon nicht zu sprechen, daß die „guten Europäer“ des Kabinetts Thun ihr Konto mit der Verhängung des galizischen Ausnahmestandes schon reichlich genug belastet haben. In ihrer Verthosigkeit und Zwickelhaftigkeit wirkt die Maßregel der Regierung eigentlich komisch; die erhöhte Freiheit der Aktion, wovon die offiziöse Erklärung spricht, ist nichts anderes als das Verbot, daß die Regierung nicht weiß, was sie thun soll, und doch fühlt, daß etwas gethan werden sollte.“

Die Regierung kann die Session geschlossen haben, weil sie den Reichsrath bald eröffnen will, aber die Schließung kann auch die Drohung sein, daß das Parlament für heute überhaupt verabschiedet ist und ausgehaktet wird aus dem Gange der praktischen Politik. Beides kann sein; der Reichsrath kann bald einberufen werden, es ist aber ebenso gut möglich, daß wir ihn heute nicht mehr wiedersehen werden. Dieser Zustand, wo ein mündiges Volk nicht weiß, ob seine Volksvertretung tagen wird oder nicht, ob das Parlament, das den Willen von fünf Millionen Wählern verkörpert, lebt oder todt ist; dieser Zustand ist beschämend, er ist entwürdigend, und das Volk, das ihn auf die Dauer ertrüge, wäre entehrt. Aber das das eine so gut möglich ist wie das andere? Das sagt nur an, daß es leider so ganz gleichgiltig ist, was immer geschehe. Ob der Reichsrath einberufen wird und ein, zwei Monate mit den krankhaften Versuchen vergehen, ihn lebensfähig zu machen, oder ob er gar nicht einberufen wird: das ist eine Frage der konstitutionellen Etikette vielleicht, aber keine mehr der praktischen Wirksamkeit. Ob das Parlament tagt oder nicht: das ist eine Angelegenheit der Abgeordneten, der Zeitungen, der Konstitutionskritiker, aber für das Volk ist das heute leider ganz gleichgiltig, da die Lebenskraft dieses Privilegienparlamentes längst aufgezehrt ist. Graf Thun hat zu der großen Aufgabe, die heute von dem Venter des österreichischen Staates gefordert wird, weder die Kraft noch den Willen. Sein Schiff steuert ohne bewußten Plan, und nichts ist begreiflicher, als daß es stranden mußte.

Der Reichsrath ist geschlossen, und die vollabgebildete Alexa des Paragraphen Vierzehn wird sich nun voll entfalten. Wenn Baron Vansky darauf besteht, so wird der österreichische Reichsrath noch einmal tagen; verzichtet er darauf und macht er den Ausgleich mit der österreichischen Regierung ohne den „Beweis“, daß es mit dem Parlament nicht geht, so beginnt die schreckliche, die parlamentarische Zeit. In dem Jahre, in dem die österreichischen Wähler die fünfjährige Erinnerung an die glorreiche Aufrechterhaltung des Volkes begehen, feiert der damals eingesetzte Absolutismus seine frohliche Wiederkehr! Welch bitter schneidende Ironie der Geschichte! Ausnahmestand, Standrecht, die Suspendirung der Verfassung; wahrlich, herrliche Metzeichen für das Jahr des Jubiläums! Ihrem beispiellosen zähen Kampfe danken es die österreichischen Arbeiter, daß sie das Wahlrecht erlangen haben, und nun hat ihnen Graf Thun die Abgeordneten genommen! Das Proletariat in Oesterreich wird verstehen, woher der Kampf jetzt in diesem Staate anhebt. Die Sozialdemokratie war groß und stark, bevor sie ins Parlament einzog; wie waren vordem und werden nachdem sein. Jetzt bricht in Wahrheit ein geschichtlicher Augenblick an. Das alte Oesterreich, der Spott der Unfreiheit, das Oesterreich, in dem von Metternich bis Thun eine gerade Linie sich zieht, ist todt und wird niemals mehr auferstehen. Ein neues Oesterreich muß gebaut werden: ein Staat der Gerechtigkeit für alle Nationalitäten, der Freiheit für alle Bürger; und an den klaffenbedrückten Arbeitern, die so oft in diesem Lande die Freiheit gerettet haben, als man sie zu würgen sich anschickte, wird der große Moment kein kleines Gefährlich finden.

**Hungarn.**  
**Budapest, 28. Juli.** In dem gestern Abend stattgefundenen Ministerath wurde, wie verlautet, beschloffen, das neue Provisorium für Oesterreich nur für kürzere Zeit als für ein Jahr abzuschließen.

**Frankreich.**  
**Eine neue Maßregelung.** Der „Courrier du Soir“ meldet, Professor Stapper in Vordanz, der am Sonntag am Grabe des Akademiedirektors Couat eine Rede hielt, in der er aus den Ansichten des Verstorbenen und seinen eigenen über die Drehschulzfrage kein Hehl machte, sei vom Amte suspendirt.

**Italien.**  
**Rom, den 25. Juli 1898.** (Eig. Ver.) Die Wahlen von Cossato haben der Bourgeoisie die Nebanthe für Turin gebracht. Die bürgerlichen Parteien haben indeß wenig Ursache, auf ihren Sieg stolz zu sein, hatten sie doch von vornherein alle Chancen für sich. Rondoni, unser Kandidat, weiß bekanntlich als Pflichtling in der Schwärze, die Agitatoren in den Gefängnissen, das Volk ist eingeschüchtert durch die Gewaltherrschaft, Versammlungen werden verboten, dazu der behördliche Druck bei der Wahl selbst. Das

Resultat ist: Abgegebene Stimmen 6978; davon Sella, Konservativ, 4356, Rondoni, soz., 2446.

### Rußland.

#### Ein neues Opfer des blutdürstigen zarischen Systems.

Es wird uns geschrieben:  
Man sagt bei uns, daß der Mangel an Religion die Hauptursache von allem Uebel auf der Welt sei, daß, falls man dem Volke noch diese nimmt, das Volk, den losgelassenen Thieren gleich, über alles herfällt, und dann ist es aus mit der Sittlichkeit, aus mit den höchsten Gütern des Lebens, aus mit der Menschlichkeit! Geseht den Fall, daß die Religion wirklich einen so mächtigen Damm gegen menschliche Verrohung bietet, wie ich es denn, fragen wir, möglich, daß in Rußland, wo die Kirche doch gleich Spanien und Italien sozusagen wirklich zu Hause, wo das Bäterchen streng orthodox, die ganze Beamtenchaft fromm und gläubig ist, Greuel passieren, die in den wildesten heidnischen Ländern Ausschrei erregen würden. In erster Linie müßte doch diese heilsame Kraft des Gottglaubens die Diener der Kirche, das Bäterchen und seine Chargen selbst zu wirklich menschlich fühlenden und handelnden Geschöpfen machen — ist dem aber so? Wir erfahren erst jetzt, daß im März in Petersburg ein Beamter des Statistischen Bureaus, Ingenieur Kostromin, verhaftet wurde, weil bei ihm in der Wohnung Zusammenkünfte seiner Mitarbeiter stattgefunden haben.

Von der Natur hochgradig nervös und herzleidend, wurde K. im Gefängniß schon nach wenigen Tagen derart krank, daß der Arzt selbst ihn für einen an der Schwelle der Selbstermordung stehenden Menschen erklären mußte, ohne ihn jedoch in ein Lazareth überzuführen. Es fehlte diebeszügliche Verfügung der Gendarmen-Abtheilung. Die Frau des Inhaftirten setzte alle Hebel in Bewegung, um ihren kranken Mann nur aus dem Gefängniß herauszubekommen, doch es war alles umsonst: die zarischen Waisibuzulen haben kein menschliches Mitleiden. Eines Tages wollte sich K. die vier Treppenhoch herunterwerfen, stellte die Wächter an: „tödtet mich“, ich halte es nicht aus, ich bin unschuldig.“ Und verlangte er den Arzt, so blieb auch diese Bitte unberücksichtigt.

Die Monate nach der Verhaftung — es fand trotz mehrmaliger Eingabe K.'s immer noch kein Verhör statt! — bemerkte eines Abends der Wächter K. auf dem Dett sitzend und wie ein kleines Kind seine Unterarme abtrocknend und als er ihn kurze Zeit darauf wieder beobachtete, lag K. auf seinem Bett lang ausgestreckt und Blut strömte aus dem durchschnittenen Halse und den Pulsadern, die er mit der obigen Unterarme geöffnet hatte. Erst nächsten Tag Abends erhielt die Frau Nachricht von der „schweren Erkrankung“ des Mannes und im Gefängniß wurde ihr vom erfolgten Tode Mittheilung gemacht. Ein Tag darauf um 6 Uhr morgens sollte die Leiche nach dem Verbrecherfriedhof (Preobrajenskoi) per Bahn geschafft und sofort beerdigt werden, da man eine Demonstration seitens der Studentenschaft befürchtete.

Der Sarg wurde von 7 Personen begleitet und hinter ihnen fuhr vier Equipagen mit Gendarmen. Auf das Grab durfte kein Kreuz gestellt, keine Todtenmesse gelesen werden.

Wo ist hier die ethisirende Kraft der Religion? Nicht mal dem Todten giebt man seine Rechte und was wird jetzt aus der Frau und dem dreijährigen Töchterchen K.'s, die völlig mittellos dastehen? Wer trocknet ihre Thränen, stillt ihren Hunger? Die Waisen oder der weiße Jar? Wer ist der Mörder Kostromin's? —

### Türkei.

**Zur Kretafrage** wird aus Konstantinopel vom 27. Juli telegraphisch gemeldet: Die Pforte hat an die sechs Großmächte ein neues Rundschreiben gerichtet, worin sie sich unter abermaliger JurisdiKTion des Statuts der provisorischen Verwaltung auf die früher von sämtlichen Großmächten gegebene Zusicherung beruft, daß die Mächte in Gemeinschaft mit der Pforte eine autonome Verwaltung der Insel herzustellen würden. Die Pforte ladet daher die Mächte ein, ihre Vertreter zur Abhaltung gemeinsamer Verhandlungen, betreffend die freie Verwaltung, zu bevollmächtigen. Selbstverständlich aber könnten derartige Verhandlungen nur geschlossen werden, wenn die Oberhoheit des Sultans, welche durch die Anwesenheit der türkischen Truppen auf der Insel gekennzeichnet werde, unter allen Umständen unangetastet bleibe.

Aus Kanea wird gemeldet: Die muhamedanischen Notabeln haben in Taraxos eine eigene muhamedanische Nationalversammlung eröffnet, welche mit der Durchberatung der provisorischen Verfassung begonnen hat. Die Versammlung hat schon jetzt so viele Abänderungsanträge gestellt, daß bei deren Annahme das von den Admiralen aufgestellte Statut nahezu völlig beseitigt wäre.

Die Admirale bewilligten die von der christlichen Nationalversammlung aufgestellte und von den Konsuln gebilligte Zollfreiheit für Getreide. Es kann daher bis auf weiteres jede Art von Getreide abgabenfrei nach Kreta eingeführt werden. —

### Afrika.

Den Russen ist es gelungen, durch einen Vertrag mit Abyssinien ihr altes Ziel zu erreichen und eine Kolonisation im Rothem Meer zu erlangen. Den Engländern ist das natürlich nicht angenehm, und die fieberhafte Thätigkeit, die sie von Ägypten aus entwickeln, hängt jedenfalls mit dem russischen Vordringen zusammen. Die neuwertene Kohlenstation soll hauptsächlich der russischen Flotte in Ostafrika zu gute kommen. Dort ist der Brennpunkt, wo der russische und englische Einfluß auf einander stoßen und wo voraussichtlich auch der entscheidende Zusammenstoß stattfinden wird. —

### Asien.

**Vom Aufstand in Sindh.** Einer Meldung der „Times“ aus Hongkong vom 27. Juli zufolge proklamirte der Leiter des Aufstandes, Rattan, in Kwangsi eine neue Dynastie unter dem Titel „Großer Fortschritt“. Die Proklamation erklärt, daß der Aufstand sich erhoben habe, weil die große Dynastie gegen die Gewaltthätigkeit der Mandarine ohnmächtig und weil das sinesische Gebiet von Fremden in Besitz genommen werde. — Ein späteres Telegramm der „Times“ aus Hongkong besagt, einer Meldung aus Wutschau zufolge sei die Stadt Kwangsi genommen worden. Tausend Aufständische seien gefallen. In Kwangsi sei der Aufstand ziemlich unterdrückt. —

### Partei-Nachrichten.

**In der Braunschweiger Streitangelegenheit,** deren wir bereits an dieser Stelle Erwähnung thaten und wegen der sich der frühere Vertrauensmann und die Vertreter der früheren Prehmissionskommission und des Arbeitervereins beschwerdeführend an die Kontrollkommission gewandt haben, hat diese, welche in diesen Tagen zur letzten Kontrollsitzung vor dem Parteitage zusammen getreten war, folgenden Beschluß gefaßt:

„Nach eingehender und sorgfältiger Prüfung des vorliegenden, umfangreichen Materials (Flugblätter, Zeitungsberichte, Beschwerdeschriften, Briefe zc.) können die Kontrollreure den Braunschweiger Genossen nur dringend empfehlen, einmüthig für die Verwirklichung und unparteiische Durchführung der in der Parteiverammlung vom 22. Juli gefaßten Beschlüsse einzutreten. Diese Beschlüsse bewegen sich auf völlig sachlichen, ausgleichenden Boden und wahren die Interessen der Partei in jeder Weise. Die Kontrollreure vermögen das Eingreifen der Parteivorstandsmittelglieder, der Genossen Kuer und Gerich nicht zu mißbilligen. Sie erachten vielmehr deren Thätigkeit zur Verfolgung der Braunschweiger Streitangelegenheit als eine im Interesse der Partei absolut notwendige und durch die obwaltenden Umstände von selbst gegebene. Unterstellungen, wie die einer einseitigen Parteinahme zu Gunsten des einen der streitenden Theile durch Kuer und Gerich erweisen sich nach den gesprochenen Erhebungen als absolut haltlos und müssen daher entschieden zurückgewiesen werden.“

Den Kontrollreuren erscheint nach dem vorliegenden Material die am Freitag, den 22. Juli, stattgefundenen Versammlung nicht als organisationswidrig; und zwar um so weniger, als bis jetzt auch der Vertrauensmann Gerstenhauer derartige Versammlungen als

der Organisation entsprechend gelten ließ. Die übergroße Mehrheit, die die Beschlüsse in der genannten Versammlung am 22. Juli gutheißt, läßt erkennen, daß das Gros der Braunschweiger Genossen den widerlichen Streit beseitigt wissen will. Wir können dies Bestreben nur unterstützen und empfehlen den Genossen, Frieden zu schließen, um den Gegnern nicht weiter das Schauspiel gegenseitiger Belämpfung und Begeisterung zu bieten.

Kug. Dubber, Hamburg. Kug. Raben, Dresden. H. H. Koenen, Hamburg-Eimsbüttel. H. H. Reister, Hannover. Theodor Wegner, Berlin. Karl Dertel, Nürnberg. Klara Jettin, Stuttgart.

Offentlich ist mit dieser Entscheidung der Streit begraben. Es ist dies um so eher anzunehmen, als nur ein ganz kleiner Bruchtheil der Braunschweiger Genossen den Beschlüssen der Parteiverammlung widerstrebt. Die Beschlüsse selbst sind bereits durchgeführt und hat Genosse Verthold Heymann die Redaktion des „Volkstreuend“ wieder übernommen, während Genosse Simon Förder die innegehabte Stelle als Geschäftsführer niedergelegt hat. Da auch darüber kein Zweifel mehr bestehen kann, daß der „Volkstreuend“ dauernd Parteieigentum bleiben wird, so ist der letzte Grund für irgend welche sachliche Opposition weggefallen. Die bei einzelnen aber noch vorhandene persönliche Verstimmlung wird verschwinden, wenn der demnächst stattfindende Landesparteitag den noch schmolenden Genossen zeigen wird, wie freudig gerade die endgiltige Regelung der Braunschweiger Partei- und Parteiverhältnisse von den Provinzgenossen begrüßt wird.

**Partei-Konferenzen.** Die Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Ruppiner-Templin findet am 21. August in Berlin, Uferstr. 128, im Restaurant Diele statt.

Die Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Ost-Prignitz wird am 4. September in Prignitz abgehalten.

Die Thüringer Parteigenossen halten ihren diesjährigen Parteitag am 14. August in Arnstadt ab.

### Vollzweites, Gerichtliches zc.

— **Erfolglos gehaucht** wurde am Mittwoch in den Expeditionsräumen des „Volkstreuend“ in Halle a. S. nach der Nummer vom 15. Januar, welche die Notiz enthielt, auf Grund deren Gen. Weichmann wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist.

— Genosse Reichhaus wurde vom Schöffengericht zu Erfurt zu 10 M. Strafe verurtheilt, weil er am Tage vor der Hauptwahl ein Plakat in seinem Schaufenster ausgestellt hatte, dessen Inhalt für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Propaganda machte. Das polizeiliche Strafmandat, gegen das er richterlichen Entscheid beantragte, hatte auf 30 M. gelautet.

### Aus England.

(Die Nachwahl in Reading: Niederlage der Regierung durch Impfgegner und Jingoos. Der neue Blottenplan ist einstimmig gestillt. Vom Kohlenstreik in Wales. Ein Fonds für geregelte Arbeiter und wer zu ihm heuert. Unterstützungs-Komitee für die Opfer der Reaktion in Italien.)

London, den 30. Juli.

Die Nachwahl in Reading hat den Liberalen einen neuen Sieg gebracht. Trotzdem eine Anzahl Radikaler, darunter der Abgeordnete Labouchere, gegen den offiziellen Kandidaten der Liberalen für den sozialistischen Kandidaten Quells Stellung nahmen, erhielt der erstere 4600 Stimmen, während auf Quells nur 270 Stimmen fielen. Der unionistisch-konservative Kandidat erhielt 3906 Stimmen.

Die geringe Anzahl der sozialistischen Stimmen, ungeachtet einer mit großem Eifer unterhaltenen Agitation, erklärt sich aus den schon öfter entwickelten Gründen. In England ist der Parlamentarismus Wahrheit, eine Stimme gegen die regierungswidrige Opposition heißt fast immer eine Stimme für die Regierung des Tages. Der Wähler, der diese stärken oder auf sie wirken will, ist genöthigt, für diejenige Oppositionspartei seine Stimme abzugeben, die in der Lage ist, die Regierung alsbald abzulösen.

Die Mehrheit der Wähler von Reading wollte offenbar der jetzigen Regierung eine Lection erteilen. Nicht Begeisterung für die liberale Partei, sondern Verdruß über die Regierung Lord Salisbury's entschied den Kampf. Enttäuschte Jingoos und unzufriedene Impfgegner gaben den Ausschlag. Die letzteren, die in Reading ziemlich stark sind, sind mit dem neuen Impfgesetz unzufrieden, und trotzdem, oder vielleicht auch gerade, weil das Ministerium sich in Hinblick auf die Wahl in Reading im letzten Moment zu einem Zugeständniß entschloß, wonach Leuten gegenüber, die sich schriftlich als überzeugte Impfgegner deklariren, von Zwang zur Beobachtung der Impfvorschriften abgesehen werden soll, stimmten sie gestern Mann für Mann gegen die Regierung. Die Jingoos nehmen ebenfalls die Geneigtheit der Regierung zu Zugeständnissen zum Anlaß ihrer Angriffe, nur daß es sich um die ihnen Zugeständnisse an das Ausland handelt. Sie sind wüthend darüber, daß ihre starke Regierung, die so oft mit dem Säbel raselt, jedesmal, wenn es zur Entscheidung kommt, nutzlos zurückweicht und die rivalisirenden Mächte mit fremdbildigen Zugeständnissen zu beschwichtigen sucht. Sie fragen nicht, ob die Liberalen es besser oder noch schlimmer machen würden, sondern machen es wie die Wilden und schlagen wider den Betriß los, dessen Raubermacht sie in Stich gelassen. Die auswärtige Politik der Regierung hat bei der gestrigen Wahl eine große Rolle gespielt.

Wie stark das Gefühl ist, daß England um jeden Preis seine Stellung als Seemacht austreten erhalten muß, zeigt die Ausnahme, die Herr Goschen's neuester Flottenvermehrungsplan letzten Freitag im Parlament gefunden. Die Aufwindigung, daß zu den schon bewilligten 25 Millionen Pfd. Sterl. noch weitere 8 Millionen Pfd. für Kriegsschiffe (4 Linienchiffe, 4 Kreuzer und 12 Torpedojäger) ausgegeben werden sollen, stieß auf keinerlei ernstliche Opposition. Der einzige Labouchere, machte einige prinzipielle Einwendungen, sonst drehte sich die Kritik rein um technische Fragen. Der radikale Sir Charles Dille z. B. fand, daß England im Verhältnis seines Reichthums eigentlich noch nicht genug für seine Ueberlegenheit zur See thue und tadelte das langsame Vorgehen beim Bau der Schiffe. Kein Opfer dürfte zu hoch sein, um die englische Kriegsflotte auf der Höhe zu halten, wo sie den vereinigten Flotten der zwei nächststarken Mächte überlegen sei. Das sei für England unabweisbares Gebot der Selbsterhaltung.

Daß das Land, d. h. die Masse der Bevölkerung, in diesem Punkt mit der Volksvertretung übereinstimmt, untersteht keinem Zweifel. Im Wettjagen um die Kriegsbereitschaft zur See wird sich England nicht überbieten lassen. Wie auf Rußlands neuesten Marinevermehrungsplan würde es auf den jeder anderen Großmacht antworten. Im Punkte der Kosten könnte es die Konkurrenz noch eine gute Weile aushalten. Etwas anderes ist die Bemannungsfrage. Aber auch die verliert an Schwierigkeiten, je mehr die selbstverwaltenden britischen Kolonien sich dem Mutterland wieder annähern. —

Der Kampf im Kohlengebiet von Süd-Wales will noch immer nicht enden. Eine gestern in Cardiff abgehaltene Konferenz von Delegirten der ausländischen Delegationen nahm mit großer Mehrheit (77 gegen 9 Stimmen) eine Resolution an, welche das Streikkomitee dafür tadelte, daß es sich überhaupt noch einmal mit den Unternehmern zu Unterhandlungen über einen gleitenden Tarif eingelassen habe. Der Tarif, ob mit oder ohne Lohnminimum sei todt und die betreffenden, auf Karatzen des Sir Edward Jay den Unternehmern gemachten Vorschläge seien zurückgezogen. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die Unternehmer wissen zu lassen, daß man nach wie vor zu Verhandlungen mit ihnen bereit sei, aber nicht um einen gleitenden Tarif, sondern um ein ständiges Einigungsamt mit unparteiischem Vorsitzenden. Außerdem bleibe zur Zeit die Forderung einer Lohnerhöhung auf 2 1/2 pCt. über den Satz von 1875 bestehen. Die große Mehrheit der Delegirten, heißt es, habe dem Entschluß ihrer Wähler, den Kampf bis zum bitteren Ende auszufechten, schärfsten Ausdruck gegeben, während eine Minderheit die Ansicht vertreten habe, die Verlängerung des Kampfes sei zwecklos, mehr als die Unternehmer jetzt böten, würde schwerlich erlangt werden. Da die Delegirten in allgemeinen Versammlungen gewählt wurden, aber nur

In den wenigsten Fällen eine wirkliche Organisation hinter sich haben, hängt die Durchführung des Beschlusses zum großen Teil von der Höhe der von auswärts eingehenden Unterstützung ab. So standhaft die Masse bisher ausgehalten, so hat natürlich alle Widerstandskraft ihre Grenzen. Inzwischen soll aber auch bei vielen Unternehmern das Verlangen nach einem Friedensschlusse sehr stark geworden sein.

Vorige Woche ward in London unter dem Vorsitz des Bischofs von London ein von Vertretern aller Klassen und Parteien besuchtes Meeting abgehalten, das die Bildung eines Fonds beschloß, aus dem Frauen und Kinder, die wegen ihrer Auslagen vor Fabrik-Inspektoren, Sanitäts-Inspektoren u. v. von Unternehmern gemäß regelt werden, unterstützt werden sollen. So bezeichnend es ist, daß selbst in England Gegenmaßnahmen gegen solche Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit noch erforderlich sind, so charakteristisch ist andererseits die Liste der Unterstützungen dieses „Industrial Law Indemnity Fund“ (Fonds für Entschädigungen zur Aufrechterhaltung der Gewerbe-Gesetzgebung). Da finden wir das politisch-radikale Ehepaar Tennant-Abraham (Frau Tennant-Abraham war vor ihrer Verheiratung selbst Fabrik-Inspektoren) und das ebenfalls radikale Ehepaar Dille mit je 1000 Mark, den konservativen Sir John Stirling-Maxwell mit 500 Mark, den whiggisch-liberalen Herzog von Westminster mit 400 Mark und noch viele Mitglieder der politischen Welt der Geburts- und Geldaristokratie sowie der gelehrten Berufe mit namhaften Beiträgen. Auch der derzeitige Generalpostmeister, der Herzog von Norfolk, figurirt mit 100 Mark unter den Unterstützern. Es soll im ganzen ein Kapital von 200 000 Mark (10 000 Pfd. Sterl.) aufgebracht werden, um jedem Druck auf die Arbeiter, den Gewerbe- u. Inspektoren gegenüber die Wahrheit zu verschweigen, kräftig entgegenzuwirken.

Auf einem andern Gebiet will sich ein Komitee betätigen, das gestern im nationalen Klub der Liberalen zusammentrat. Es hat den Zweck, Beiträge zur Unterstützung der Opfer der Verheerungen in Italien aufzubringen. Neben Radikalen und Sozialisten aller Schattierungen zählt es Männer wie George Meredith, einer der ersten zeitgenössischen Romanisten Englands, Henry Arthur Jones, ein sehr erfolgreicher dramatischer Dichter, Algernon Swinburne, der bekannte Lyriker, Professor Hewins, Leiter der Londoner Schule der Staatswissenschaftler, den Vater Felix Moschles, die Geistlichen Stamford Crooke, Stewart Headlam und S. A. Harveis in seinen Reihen. Die Gewerkschaftswelt ist durch James Macdonald, den Sekretär des Londoner Gewerkschaftsrates, vertreten. Der Schriftführer des Komitees ist Edwin A. Pease, der Sekretär der Fabian Society, in deren Bureaus das Komitee zuerst zusammentrat.

## Bewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Stellmacher!** Der Streik der Stellmacher in Stettin dauert fort. Die Stettiner Meister suchen aus Berlin Arbeitskräfte zu bekommen. Die Kollegen werden ersucht, Zugang fern zu halten. Die sehr verschiedenen Forderungen sind: Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, 10 1/2 stündige Arbeitszeit pro Tag, wöchentliche Lohnzahlung, Abschaffung der Ueberstunden, Minimallohn von 17 Mark.

**Der Streik der Tapezierer bei der Firma C. Eberhardt, Holzmarktstr. 21,** war der Gegenstand der Verhandlungen einer stark besuchten Versammlung der Tapezierer Berlins, die am Mittwoch in den Aminhallen tagte. Die Ursache, weswegen die Tapezierer dieser Firma in den Ausstand getreten sind, ist die, daß 5 ihrer Kollegen, die sich weigerten, für einen außerordentlich erheblichen reduzierten Preis eine Arbeit zu übernehmen, gemahnt wurden. Die Preisreduzierung fiel um so mehr ins Gewicht, als bei der Firma Eberhardt schon an und für sich die Affordpreise verhältnismäßig niedrige waren. Hinzu kommt noch, daß eine Reihe von Mischständen in hygienischer Beziehung in der Fabrik vorhanden sind, unter welchen die Arbeiter zu leiden haben. Im Verlauf des Streiks, an dem 17 Mann beteiligt sind und der seit dem 18. d. M. andauert, haben, nachdem die Verhandlungen mit den Ausländern zunächst resultatlos verlaufen waren, auch Verhandlungen mit der Agitationskommission stattgefunden. Das Schriftstück, in welchem die Forderungen der Ausständigen: Wiedereinstellung der Gemahngestellten und der Ausständigen, mit der Verpflichtung, innerhalb des ersten halben Jahres ohne triftige Gründe keine Entlassung derselben vorzunehmen, Vereinfachung der verschiedenen Mischstände, Festlegung der Affordpreise, Ausschlag für Ueberstunden 33/3, für Nachtarbeit von 10 Uhr ab 100 pCt., formuliert waren, wurde der Kommission mit dem Vermerken zurückgegeben, daß dem ausgelegten Schriftstück „der lautmächtige Stil fehlt“. In einem von Herrn Eberhardt abgefaßten Schreiben erklärte derselbe, die Entlassenen und die Ausständigen innerhalb vier Tagen wieder einzustellen und von diesen im nächsten halben Jahr keinen ohne Grund zu entlassen. Garbode, Waschvorrichtung, Kloset u. s. w. sollen eingerichtet werden, soweit die Räumlichkeiten dies gestatten. Die Ueberstundenarbeit, die sich früher nicht selten bis 12 Uhr nachts ausdehnte, soll gänzlich fortfallen. Der mit den Ausständigen vereinbarte Tarif soll zur Geltung kommen. Wegen die Fassung dieses Schreibens machten die Arbeiter verschiedene Bedenken geltend, während der in der Versammlung anwesende Vertreter der Firma in seinen Ausführungen betonte, daß zu den vorgebrachten Vermuthungen keine Veranlassung bestehe, und erklärte, daß insbesondere die Wiedereinstellung sämtlicher in betracht kommende Arbeiter ohne die Absicht, später wieder einige davon zu entlassen, erfolgen soll. Auf grund dieser Ausführungen wurde die Agitationskommission beauftragt, nochmals mit der Firma Eberhardt in Unterhandlungen zu treten, um in geeigneter Form die Beilegung der Differenzen zu erzielen.

Durch die erneuten Unterhandlungen wurde erreicht, daß die Firma sämtliche Forderungen der Gehilfen bewilligte. Somit ist der Streik beendet.

**Achtung, Rifenmacher!** Der Streik bei der Firma Eugei u. Komp., Ringstr. 4, dauert unverändert fort. Zugang ist streng fernzuhalten. Kommission der Berliner Rifenmacher.

**Die Zimmerer der zentralen Richtung von Berlin, Charlottenburg, Nixdorf, Friedrichsberg, Pankow und Weißensee** beschlossen in einer stark besuchten Versammlung, die gestern in den Aminhallen tagte, aufs neue in eine Bewegung zur völligen Erreichung des 60 Pfennig-Stundenlohnes einzutreten. Auf solchen Plätzen, wo durch Verhandlungen der geforderte Stundenlohn nicht erzielt wird, soll die Durchführung event. durch Arbeitseinstellung erfolgen.

**Einen erfreulichen Fortschritt** auf dem Gebiete der Organisation haben die Tapezierer-Gehilfen von Charlottenburg zu verzeichnen. Am 28. Juli cr. tagte in „Bismarckshöhe“, Wilmersdorfertrasse, eine gut besuchte Versammlung der Tapezierer Charlottenburgs und Umgegend zwecks Gründung einer Filiale des Verbandes der Tapezierer und verwandter Berufsge nossen Deutschlands. Der Antrag auf Gründung einer Filiale wurde einstimmig angenommen, worauf sogleich 40 Mitglieder beitraten.

### Deutsches Reich.

**Vom Hamburger Brotboykott.** Ein Telegramm aus Hamburg vom 28. meldet uns:

Das Landgericht hat heute ein für die weitere Entwicklung des Boykotts höchstbedeutendes Urtheil gefällt. Die Bäderinnung hatte, wie wir seinerzeit mitgetheilt haben, gegen einen Meister Klage erhoben, der einen Nevers unterzeichnet hatte, wonach er sich bei 1000 M. Konventionalstrafe verpflichtete, während des Ausstandes an neue Kunden nicht zu liefern, und der, wie viele andere, diese Verpflichtung durchbrochen hatte. Die Innung klagte zunächst gegen einen der Abtrümmigen. Die Strafkammer hat nun die Klage kostenpflichtig abgewiesen mit der Begründung, daß nach § 152 der Gewerbe- u. Ordnung ein Rücktritt von derartigen Vereinbarungen stets zulässig ist.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß dieses Urtheil für viele Meister das Signal sein wird, nun gleichfalls der Innung den Rücken zu kehren.

Der Streikleitung ist, wie wir dem „Echo“ entnehmen, die Erlaubniß zur Benutzung der öffentlichen Anschlagstulen zur Bekanntgabe der von ihr einberufenen Versammlungen von der Polizeibehörde verweigert worden. Genanntes Blatt bemerkt hierzu: In Hamburg steht der Polizeibehörde das Recht zu, das Ankleben von „Anschlägen“ Plakaten an die Anschlagstulen zu verbieten. Von diesem Rechte hat sie Gebrauch gemacht. Worin die Polizeibehörde das Anschlägige erblickt, ist ihr Geheimniß. Die Plakate enthalten weiter nichts, als eine Aufforderung, die zum Freitag Abend einberufenen Volksversammlungen recht zahlreich zu besuchen. Der wirtschaftliche Kampf der Bäderge nossen hat wieder einmal recht viele Blätter politischer Bevormundungslust gezeitigt.

**Aus Kiel** wird uns geschrieben: Rummehr verlangt die Kieler Polizeibehörde von den Gewerkschaften auch die Einreichung des Mitgliederverzeichnisses. Seit Uebernahme des „Sicherheitsdienstes“ durch die Königl. Polizei weist auch für die Gewerkschaften der Wind etwas schärfer. Jede kleine Vereinsversammlung wird jetzt überwacht. Der Polizeidirektor ist ein Sohn des früheren Ministers Puttkamer.

**Auf der Braunschwäger Aktienzeile** ist ein Streik der an den Pressen beschäftigten Arbeiter ausgebrochen. Dieselben fordern 1 Pf. Zulage pro 1000 Steine. Beteiligt sind etwa 40 Mann. Bis jetzt wurden 11 Pf. bezahlt und die Arbeiter verbieten bei einer Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, also in zwölf Stunden — die Paulen schon abgerechnet — wöchentlich 18 bis 21 M. Die Direktion hat die Verhandlung abgelehnt, weil die Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben, ohne vorher in Verhandlungen einzutreten.

**Ein in italienischer Sprache abgefaßtes Flugblatt der Magdeburger Maurer** wird, wie die „Magdeburger Volksstimme“ mittheilt, Gegenstand einer Klage-Erhebung bilden. Es soll einen Verstoß gegen das Preßgesetz, gegen die Gewerbe-Ordnung und das Reichs-Strafgesetzbuch enthalten. Das Flugblatt richtet sich an die italienischen Arbeiter und legt die Gründe des Streiks und der Aussperrung auseinander und ersucht die Italiener, ihre deutschen Brüder in dem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Fernbleiben zu unterstützen. — Genanntes Blatt berichtet ferner, daß die Magdeburger Bau-Unternehmer den unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters vereinbarten Lohnstarif nicht innehalten, sondern einen eigenen Tarif ausgearbeitet haben.

**Aus Erfurt** wird uns berichtet: 82 Arbeiter der Bau-mann'schen Brauerei traten heute Nachmittag in den Streik, weil ihre Forderung — Sonntagruhe — nicht bewilligt wurde. 5 Mann beteiligten sich nicht.

**In der Papierfabrik Königsmühle in Merseburg** sind Differenzen der Arbeiter mit der Betriebsleitung ausgebrochen, die wahrscheinlich zum Streik führen. Es wird gebeten, den Zugang schon jetzt fernzuhalten.

**Die Maurer von Frankfurt a. M.** sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Nachdem vor einigen Wochen eine Lohnkommission beauftragt worden war, Erhebungen anzustellen über Konjunktur, Arbeitsverhältnisse, Zahl der Organisirten u. s. w., hatten nun am 26. Juli sieben Maurerverammlungen über die weiteren Schritte zu entscheiden. Die Versammlungen fanden nachmittags statt und hatten ca. 2400 Maurer die Arbeit ruhen lassen, um an diesen Theilzunehmen. Die Erhebungen sind mit großem Fleiß und Sachkenntniß ausgeführt, so daß es nicht unangebracht erscheint, die Ergebnisse derselben hier im Auszuge folgen zu lassen:

In erster Linie hat die Kommission festgestellt, wie viel Unternehmer und wie viel Maurer zur Zeit hier beschäftigt sind. Nach den in der Woche vom 17. bis 23. Juli vorgenommenen Feststellungen arbeiten in Frankfurt 140 Vollere, 2472 Maurer, 91 Lehrlinge und 821 Handlanger. Von diesen 2472 Maurern haben ihren Wohnsitz in Frankfurt 200; 1293 Maurer aus 18 verschiedenen Orten fahren jeden Abend nach Hause; 614 aus 21 verschiedenen Orten logiren in Frankfurt und fahren Sonntagabends nach Hause; 825 wohnen in so entfernten Orten, daß sie nicht einmal alle Sonntagabende nach Hause fahren, sondern nur in größeren Zwischenpausen, und 50 gehen jeden Abend zu Fuß nach Hause und morgens wieder nach Frankfurt. Daraus geht hervor, daß Wohnsitz und Arbeitsstelle fast nirgends beieinander sind. Es geht daraus aber auch weiter hervor, daß viele Maurer außer ihrer Arbeitszeit noch mehrere Stunden unterwegs sind, bis sie ihre milden Knochen ausruhen können. Die statistische Aufstellung besagt darüber, daß die Maurer, die morgens per Eisenbahn kommen und abends wieder nach Hause fahren, durchschnittlich 15 1/2 Stunden unterwegs sind. Die Leute müssen um 4 Uhr früh aufstehen und kommen erst abends gegen 9 Uhr nach Hause. Für Erholung, Vergnügen u. s. bleibt ihnen fast gar keine Zeit. Die wenigen freien Stunden müssen sie dem Schlaf widmen, um die Kräfte zu stärken. Daß das kein menschenwürdiges Leben ist, wird jeder zugeben.

Man könnte einwenden, daß die Leute dadurch, daß sie auf dem Lande wohnen, doch auch viel sparen, namentlich an Wohnungsmiete. Auch darüber hat die Kommission genaue Erhebungen angestellt. Jene Maurer, die täglich heimfahren, zahlen wöchentlich an Fahrgehalt durchschnittlich 1,74 M., das ist 91 M. pro Jahr, dazu kommt eine durchschnittliche Wohnungsmiete von 98 M. Noch unangünstiger stellt sich das Verhältniß bei jenen, die nur allwöchentlich nach Hause fahren. An Fahrgehalt brauchen sie zwar nur 80 Pf., durchschnittlich wöchentlich zu bezahlen, dafür haben sie aber erhöhte Ausgaben für Logis und Kost.

Wie sieht es nun mit den Löhnen aus? Auch darüber sind Erhebungen angestellt worden und zwar in der Weise, daß auf den verschiedenen Baustellen Listen zirkulirten, in welche der Stundenlohn eingetragen werden mußte. Es hat sich dabei ergeben, daß 1199 Maurer 40 Pf., 476 über 40 Pf., 187 unter 40 Pf. hatten.

Schließlich hat die Kommission auch noch Erhebungen über die Zahl der organisirten Maurer angestellt und dabei festgestellt, daß von den 2472 beschäftigten Maurern 2131 = 87 pCt. organisiert sind. Alles in allem schließt die Lohnkommission aus diesen Erhebungen, daß die Situation für eine Lohnbewegung die denkbar günstigste ist und sie glaubt deshalb die Zeit für gekommen, an die Meister mit folgenden Forderungen heranzutreten: 10 stündige Arbeitszeit, Abschaffung der Ueberstundenarbeit und Affordarbeit, ein entsprechender Lohnaufschlag u. s. w.

Die Lohnkommission wurde beauftragt mit den Unternehmern sofort in Unterhandlungen zu treten und am 6. August Bericht zu erstatten. Diejenigen Maurer, die eine 14 tägige Kündigung haben, müssen sofort kündigen, die eventuell zurückgezogen werden kann.

**In Fürth** sind seit 8 Tagen die Töpfer ausständig. Sie fordern vor allem eine geregelte Arbeitszeit, die bisher 11—13 Stunden beträgt, und eine Lohnerhöhung.

## Soziales.

**In den besondern Segnungen der vielgepriesenen deutschen Sozialreform** gehört auch die, daß die zu Unfall gekommenen Arbeiter häufig genug die größten Schwierigkeiten haben, zu einer entzprechenden oder überhaupt zu einer Unfallrente zu gelangen. Zahlreiches Prozeßmaterial, herumschleppen in den Rentengerichtshöfen schon manchen Vermöglichen schier zur Verzweiflung getrieben. Die „Neue Volksstimme“ theilt einen Fall aus Böhmen mit, wo ein ehemaliger Schmiedegeselle namens Weber, der durch einen Unfall zum Krüppel geworden, in den Tod getrieben wurde, weil ihm eine Rente nicht gewährt wurde. Im Februar 1897, so erzählt genanntes Blatt, verunfallte der Genannte bei der Firma Köhler u. Handke (jetzt Handke u. Co.) in Pöhlner-Jüdischweil in der Thongrube dadurch, daß er zu Falle kam und ihm ein beladener Thonwagen über den Unterleib fuhr. Lange Zeit lag der Vermögliche im hiesigen Krankenhaus. Später, als nach 13 Wochen entlassen, kranke Weber weiter, und da er wieder als Schmied noch als Handarbeiter sich ernähren konnte und die Pöhlner-Schmiedegesellenchaft, Sektion Magdeburg, Renten-

zahlung verweigerte, weil ein Arzt Herzfehler (!) konstatiert hatte, so sah sich Weber gezwungen, leichte Arbeit zu machen, um sich vor dem Hunger zu schützen. Weber arbeitete infolge Krankheit mit häufigen Unterbrechungen als Radendreher in hiesigen Spinnereien, bis er von Schmerz geplagt Feierabend machte und sich im hiesigen Stadtwalde erhängte, wo man ihn nach Tagen erst fand. Während des Verschollenseins Webers (die Mutter hatte Auftritte in hiesigen Blättern erlassen) langte ein Brief der Pöhlner-Berufsgenossenschaft Magdeburg hier an, in dem — nach 1 1/2 Jahren — Weber endlich aufgefordert wurde, sich in Magdeburg bei Professor Dr. v. Baumann am 7. Juni vormittags 11 Uhr vorzustellen! — Der Brief konnte dem Verzweifelter nicht mehr zugestellt werden, da, wie oben bereits geschrieben, Weber ruhelos umherirrte und vom Hunger getrieben zum Strick gegriffen hatte. — So sieht die vielgepriesene Sozialreform nachtem betrachtet aus.

**Ueber die erziehlche Wirkung der Schulbäder** äußert sich der Stadtbaurath Höpfer in einem im „Technischen Gemeindeblatt“ veröffentlichten Aufsatz, dem wir die folgenden Angaben entnehmen: Das Schulbad besteht aus einem Raum zum An- und Auskleiden und dem eigentlichen Baderaum. Die Anzahl der an der Decke angebrachten Brausen richtet sich nach der Größe des Baderäumes. Als Badezeit für jede Abtheilung sind, einschließlich der Zeit für das An- und Auskleiden, 20 Minuten festgesetzt, und ist der ganze Betrieb so geregelt, daß jedes Schullind wöchentlich ein Bad erhält. Ist es nun schon, meint dann der Verfasser, als ein großer Vortheil des Schulbades zu betrachten, daß die Schullugend an und für sich sauberer und reinlicher gehalten und eine große Zahl von Kindern, an deren Körper sonst — abgesehen von Gesicht und Händen — Jahr aus Jahr ein kein Tropfen Wasser kommen würde, mit den gesundheitlich fördernden und anregenden Wirkungen eines Bades bekannt gemacht wird, so ist der erziehlche Nutzen einer derartigen Einrichtung für das spätere Leben der Schüler womöglich noch höher anzuschlagen. Denn wenn ein Kind acht Jahre lang gewohnt ist, seinen Körper allwöchentlich durch ein Bad zu reinigen und ihn durch kalte Douchen abzuwachen, so wird der Sinn für Reinlichkeit in ihm derartig geweckt sein, daß es auch im späteren Leben bestrebt sein wird, sich die Wohlthat eines Bades zu verschaffen.

## Der Krieg.

**Waffenstillstand?** Der spanische Minister des Aeußern hat den Präsidenten Mac Kinley gebeten, die Feindseligkeiten bis zum nächsten Sonntag einzustellen. Mac Kinley hat mit den Ministern hierüber Beratungen gepflogen. Die Entscheidung ist noch nicht bekannt. Es wird aber angenommen, daß, wenn ein Waffenstillstand gewährt wird, dies nur dann geschehen soll, sofern durchaus bindende Bürgschaften dafür gegeben werden, daß an denselben sich auch Friedensverhandlungen anschließen. Außerdem muß der Präliminarvertrag die Verpflichtung seitens Spaniens enthalten, sich einer Reihe von Bedingungen zu unterwerfen, welche von den Vereinigten Staaten als Grundlage der Friedensverhandlungen erklärt werden.

Man vermuthet hier, daß wenn Spanien diese Bedingungen erfüllt, vorübergehend ein Rückschlag zu gunsten der Fortsetzung des Krieges erfolgen wird, der wahrscheinlich so lange dauert, bis San Juan auf Portorico vollständig eingeschlossen ist, was nach dem Urtheil militärischer Sachverständiger in 14 Tagen der Fall sein wird. Die zwei einzigen Bedingungen, über welche die Regierung schlüssig zu sein scheint, sind die Unabhängigkeit von Kuba und die Abtretung von Portorico, beide jedoch in schuldenfreiem Zustande. Eine Kriegschädigung wird man nicht fordern, es sei denn, daß Spanien durch weiteren Widerstand der amerikanischen Regierung schwere Kosten wegen der Sendung eines Geschwaders nach Spanien und der in größerem Maßstabe stattfindenden Fortsetzung der Operationen auf den Antillen verursachen sollte.

Eine Depesche aus Washington in der New-Yorker „Evening Post“ meldet, der Staatssekretär Day und der stellvertretende Sekretär des Staatsdepartements Moore hätten die Grundzüge für die Friedensverhandlungen festgesetzt, um sie dem Kabinett zu unterbreiten. Ueber die Einzelheiten wird strengstens Stillschweigen beobachtet, doch kann man mit Bestimmtheit behaupten, daß folgendes die Hauptpunkte sind:

1. Aufgeben der spanischen Oberhoheit über Kuba mit dem Zugeständniß, daß die Bevölkerung Kuba's unter amerikanischem Schutze berechtigt ist, sich eine dauernde Regierungsform zu wählen. 2. Absolute und unbedingte Abtretung von Portorico an die Vereinigten Staaten. 3. Regelung der Philippinenfrage durch eine Konferenz oder Kommission. Die Vereinigten Staaten werden für sich ein Maximum von kommerziellen Vortheilen verbünden mit einem Minimum von Regierungsverantwortlichkeit beanspruchen. Was die Ladronen, Karolinen und sonstigen Ertrugenschaften betrifft, so wird diese Frage kein Hinderniß für eine sofortige Einigung und den Friedensschluß bilden.

Weitere Nachrichten aus Washington besagen: Der heute unter Vorsitz Mac Kinley's stattgehabte Ministerrath stimmte dem vom Staatssekretär Day ausgearbeiteten Entwurf der amerikanischen Friedensbedingungen zu. Derselben werden morgen dem französischen Botschafter zugestellt werden.

**Auf Portorico.** Nach einem Telegramm aus St. Thomas sollen die spanischen Truppen auf Portorico aus den einzelnen Ortschaften in San Juan (Hauptstadt der Insel an der Nordküste) zusammengezogen werden, dessen Festigungswerke verläßt werden.

Eine Madrider offizielle Depesche aus Portorico meldet, daß 700 Freiwillige einen Angriff der Amerikaner auf Ponce zurückwiesen. Die Amerikaner zogen sich in die Stellungen zurück, welche sie vorher besetzt hatten.

Ueber die Stimmung der Bevölkerung auf der Insel wird der „Intern. Korresp.“ gemeldet: Das am 22. Juli zusammengesetzte Parlament der Insel Portorico nahm in den Sitzungen vom Sonntag und Montag die auf grund der gewährten Autonomie ausgearbeitete Verfassung einstimmig an. Gleichzeitig wurde beschlossen, an sämtliche Großmächte und amerikanische Regierungen eine Erklärung zu versenden, worin gegen die von den Vereinigten Staaten angekündigte Festigergreifung Einspruch erhoben wird. Durch die der Insel gewährte Autonomie sei Portorico ein völlig selbständiges Staatswesen geworden, welches genau ebenso viele Freiheiten besitze wie jeder Einzelstaat Nordamerica's. Ein Angriff der Nordamerikaner auf die Insel bedeute also den Versuch, einem amerikanischen Gemeinwesen die Freiheit und Selbstverwaltung zu entreißen; es wäre dies demnach die vollständige Verleugnung derjenigen Grundsätze, um derenwillen die Vereinigten Staaten den Krieg unternommen hätten.

**Das Geschwader Watson's.** In Madrider Regierungskreisen wird behauptet, die Abfertigung des Watson-Geschwaders nach Europa sei auf dringende Vorstellungen Englands hin unterbleiben. Man habe von London aus in Washington darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten auf die diplomatische Unterstützung Englands nicht rechnen könnten, falls sie wegen der europäischen und afrikanischen Besitzungen Spaniens mit anderen europäischen Mächten in Streit gerieten. Man glaubt jedoch in Madrid, daß die Nordamerikaner, trotzdem ein Geschwader über den atlantischen Ozean senden werden; ja man glaubt, daß bereits einzelne Kriegsschiffe und besondere Kohlentransport-Dampfer unterwegs seien, die jeden Tag bei den kanarischen Inseln oder an der spanischen Küste selbst auftauchen könnten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Essen, 28. Juli. (B. S.)** Auf der Station Altenessien entgleisten heute Nachmittag 6 Wagen eines Güterzuges. Dadurch wurden die Hauptgeleise Köln-Minden gesperrt. Verletzt wurde niemand.

**Wien, 28. Juli. (B. S.)** Die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn sind verflochten worden.

**Konstantinopel, 28. Juli. (B. S.)** Der russische Botschafter forderte die Fortsetzung der Zahlung der restlichen Kriegsschuld von 500 000 Pfund auf.

**lokales.**

**Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis** hiermit zur Nachricht, daß am Sonntag, den 31. Juli, ein Familienausflug nach Grünau, Restaurant Lindenhayn, Friedrichstr. 1-2, stattfindet, woran sich abends ein Familienfranzösisch anschließt. Entree und Tanzgeld wird nicht erhoben; doch werden die Mitglieder ersucht, zwecks Legitimation ihre Wahlvereinsbücher bei sich zu tragen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben ebenfalls Zutritt. Regere Beteiligung sieht entgegen.  
Der Vorstand.

**Die Verwendung der Schulhöfe zu Spielplätzen** wird auch in Königsberg i. Pr. gefordert. Angeregt durch das Beispiel Breslau's, wo (wie wir mitgeteilt haben) für die diesjährigen Sommerferien den Kindern die Schulhöfe und Turnhallen zu Bewegungsspielen überlassen worden sind, haben in Königsberg Lehrkreise die städtische Verwaltung darauf hingewiesen, daß diese Anordnung auch für die dortigen Schulverhältnisse nachahmenswerth sei und speziell für dieses Jahr sehr zu wünschen gewesen wäre. Vielleicht giebt das auch in Berlin der Lehrerschaft Anlaß, sich wieder einmal eingehend mit der Spielplatzfrage zu beschäftigen und dadurch einen gewissen Druck auf die Gemeindeverwaltung auszuüben. In Berlin, sagt man, wird die Schaffung einer größeren Zahl von Spielplätzen durch die Höhe der Grundstückspreise erschwert. Das ist allerdings wahr. Unsere Jugend muß heute dafür büßen, daß in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, als die Spielplätze hier in Berlin sehr lebhaft erörtert wurde, die Gemeindeverwaltung Berlin's nicht weitblickend genug gewesen ist. Damals, wo auch in den Lehrerkonferenzen über den Nutzen öffentlicher Spielplätze und ihre Nothwendigkeit betont wurde, wäre es noch verhältnismäßig leicht gewesen, eine große Zahl von Spielplätzen in Gegenden zu schaffen, die zu jener Zeit noch ungebaut waren, aber heute fast schon zur inneren Stadt gehören. Daß die Plätze leicht erreichbar sein und auch im Innern der Stadt solche angelegt werden müßten, wurde ebenfalls schon in jenen Lehrerkonferenzen hervorgehoben, obwohl damals das bebaut Gebiet noch kaum über die Thore hinausreichte. Auch die Errichtung von Schulhöfen, zu der die städtische Verwaltung erst jetzt, im Jahre 1898, die ersten dünnen Anfänge macht, wurde bereits damals von den Lehrern gefordert. Nachdem es, aller Anregungen ungeachtet, leider verläumt worden ist, sich möglichst für alle Theile der Stadt rechtzeitig Spielplatz-Terrains zu sichern, läßt sich heute in der inneren Stadt vielleicht wirklich kaum noch etwas anderes thun, als daß man die Schulhöfe zu Spielplätzen verwendet. In den Außenbezirken aber ist die Einrichtung von Spielplätzen auch heute noch möglich. Da die Erfüllung dieser Forderung nicht bloß im Interesse der Volksgesundheit liegt, sondern indirekt auch der Schule nützen würde, so hat die Lehrerschaft doppelt Anlaß, sie kräftig zu unterstützen.

**Vom Bureau-Hilfsarbeiter Kriegsbeschauung.** Zu der kürzlich in der Stadtverordneten-Versammlung vom 5. Mai d. J. gegen die bekannten Bestrebungen der Bureau-Hilfsarbeiter richtete, hat der Ortsverein der Berliner Gemeindebeamten jetzt in einer Petition an die Stadtverordneten-Versammlung Stellung genommen. Die Eingabe stellt in bezug auf die Anstellungsverhältnisse dieser Beamtenkategorie folgendes fest: „Es sind vorhanden 1357 Beamtenstellen, aber nur 849 sind gemäß § 64 der Städte-Ordnung in dem Normaletat bezugsfähig, während die übrigen 508, dem Gesetz zuwider, dort nicht zu finden sind. Von diesen 508 haben nur 150 eine Dienstzeit unter 5 Jahren, der Rest von 358 blüht auf eine lange, bis 40-jährige Thätigkeit im Gemeindedienst zurück. Von diesen 358 haben auch 70 Formell Beamtenqualifikation. Der vom Herrn Oberbürgermeister erwähnte 30-jährige Kollege befindet sich schon seit 1872 bei der Behörde, dient also 26 Jahre. — Daß die Behörde (worauf Herr Jelle besonders hinwies) Personen mit Strafen unter und bildet, die entehrender Natur sind, finden wir unbegreiflich, wir haben das allergrößte Interesse daran, daß solche Elemente aus unseren Reihen ausgegliedert werden.“ Die Petenten bitten schließlich um endliche definitive Regelung der Hilfsarbeiter-Angelegenheit.

**Die neuen An- und Abmeldeformulare.** Polizeilich wird mitgeteilt: Wie bereits amtlich bekannt gemacht, sollen künftig für die polizeilichen An- und Abmeldungen hiesiger Einwohner neue Formulare in Anwendung kommen. Die für die Benutzung der noch vorhandenen alten Formulare anfänglich bis zum 1. August d. J. festgesetzte Frist ist neuerdings bis zum 1. Januar 1899 verlängert worden.

**Zur Explosion in der Jagowstraße.** Das Polizeipräsidium theilt mit: Gegenüber dem mehrfach in der Presse geäußerten Gerücht, daß die Anfang Mai dieses Jahres in dem Hause Jagowstraße 80 stattgefundene Katastrophe auf eine strafbare Handlungsweise des daat und ums Leben gekommenen Armin Bahn zurückzuführen sei, erscheint der Hinweis angezogen, daß die eingehenden Ermittlungen der Polizei und Staatsanwaltschaft keinen Grund für eine derartige Behauptung ergeben haben. Die wirkliche Ursache der Explosion hat allerdings keine zweifelsfreie Aufklärung gefunden.

**Vom Berliner Hauspächterthum.** Daß zahlreiche Berliner Hauswirthe sich noch immer nicht an die neuere gesetzliche Bestimmung gewöhnen können, wonach jedem Miether die unentbehrlichen Sachen belassen werden müssen, ist eine Erfahrung, welche die Gerichtsbeamten in der sogenannten Vernehmungsstube beim Amtsgericht I täglich machen. Ein recht bezeichnender Fall kam dort vor einigen Tagen zur Sprache. In einem Hause der Waldemarstraße nahe dem Görliger Bahnhof hatte ein altes Ehepaar eine kleine Wohnung gemiethet. Anfangs Juni war die alte Frau plötzlich gestorben und da dem 73-jährigen Manne der Haushalt zu schwer fiel, so begab er sich zu seinen Kindern, die in Berlin verheirathet sind. Dabei wurden für den Bedarf des alten Mannes einige Sachen aus der Wohnung abgeholt, was ihm so unbedenklicher war, als die Mietheliste für den laufenden Monat bezahlt war. Die Mietheliste inhibirte indessen nicht bloß diese Abholung wegen künftiger Mietheliste, da der Vertrag noch bis zum 1. Oktober in Kraft war, sondern sie legte auch vor die Thür der Wohnung ein großes Schloß, das mit besonders angebrachten Strammern den Zugang versperrte. Die Gerichtsbeamten schüttelten den Kopf, als der alte Mann ihnen sein Leid klagte. Von der Verpflichtung, die Mietheliste noch über den 1. Juli hinaus bezahlen zu müssen, hat die kluge Witthin durch ihr gewaltthätiges Vorgehen den Miether befreit, da sie ihm die Benutzung der Wohnung entzog; dieser fordert jetzt auch den entsprechenden Theil der schon gezahlten Mietheliste für den Rest des Juni zurück, wo ihm die Wohnung entzogen war, und eben so klar ist, daß sie die noch in der Wohnung befindlichen Sachen herausgeben muß, da sie Anspruch auf Mietheliste für die nicht gewährte Wohnung nicht erheben kann. Außerdem wird sie die Prozentsposten tragen und die Zahl derer vermehren, die um die gute alte Zeit trauern, wo der Vermieter noch das Schlüsselrecht gegen seinen Miether hatte, allerdings auch nicht in der Form, wie es in diesem Falle die Frau Witthin gehandhabt hat.

**Das deutsche Dorf.** Wie es heißt, soll sich hier eine Gesellschaft bilden wollen, die nach dem Vorbilde der Ausstellung in Chicago „das deutsche Dorf“ im Jahre 1900 in Paris aufbauen will. In der Ausstellung selbst dürfte dafür kein Platz mehr zu finden sein, doch will man „das deutsche Dorf“ in unmittelbarer Nähe der Ausstellung im großartigen Maßstabe aufbauen. Der Erfolg soll, wie der „Konst.“ meldet, nicht vom Besuch der reichsländischen Deutschen abhängen, sondern von den vielen im Auslande ansässigen Deutschen, die nach Paris kommen werden und die angeblich gern wieder das deutsche Dorf mit all seinen „anheimelnden Eigen-

thümlichkeiten besuchen würden. Zu dem Unternehmen gehört ein großes Kapital (1 1/2 Millionen Mark), und es ist fraglich, ob es trotz angeblicher Vertheiligung großer Brauerei- und Weinfirmen zu haben sein wird, da gleichartige Schöpfungen wie Alt-Wien bei der Wiener Ausstellung im Jahre 1892, Alt-Dresden im Jahre 1896 und auch das deutsche Dorf in Chicago im Jahre 1892 ziemlich kläglich abgekommen sind. Die Unternehmer weisen auf „Alt-Berlin“ hin, das bei der Gewerbe-Ausstellung allerdings mit einem ziemlich hohen Gewinn abgeschlossen hat. — Vom „anheimelnden Eindruck“ des deutschen Dorfes wollen die ländlichen Proletarier, die jährlich zu zehntausenden in die Städte vertrieben werden, bekanntlich nicht viel wissen. Das deutsche Dorf in Paris wird natürlich auch weit davon entfernt sein, einen der Wirklichkeit nahekommenden Eindruck zu geben, sondern zu nichts weiter dienen, als zu Ringeltangel und Aneignelungen.

**Diphtherieserum.** Amtlich wird mitgeteilt: Das Diphtherieserum mit der Kontrollnummer 282 von den Farbwerken vorm. Meister, Lucius u. Brünning zu Höchst a. M. ist wegen eingetretener Verminderung seines Gehaltes an Immunisirungseinheiten zur Einziehung bestimmt. Plättchen mit dieser Kontrollnummer dürfen hinfür nicht mehr in den Apotheken abgegeben werden und können nach den Vereinbarungen mit der Fabrikationsstätte franco gegen franko gegen einwandfreies Serum ungetauscht werden.

**Die Station für Wuthranke** im Koch'schen Institut hat am Mittwoch Abend schon wieder einen Patienten erhalten. Der 26 Jahre alte Hilfsweichensteller Hugo Martin aus Rotthensirch in Sachsen ist von einem Schläferhunde gebissen worden, der dann wegfiel und nach acht Tagen gefangen und erschossen wurde. Martin ist jetzt hierher gebracht worden. Das ist in der kurzen Zeit des Bestehens der Station schon der achte Fall. Diese Zahl beweist, daß mehr Tollwuthbisse vorkommen, als man bisher geglaubt hatte. Die Patienten stammen aus verschiedenen Provinzen, aus Berlin ist kein einziger. Bemerk sei bei dieser Gelegenheit, daß Leute, die von allgemein als bissig bekannten, aber der Tollwuth nicht verdächtigen Hunde gebissen worden sind, in der Schutzstation nicht behandelt werden. Gesunde dieser Art haben schon mehrfach abgewiesen werden müssen. Auf der anderen Seite ist es nicht notwendig, daß von wirklich tollwuthverdächtigen Hunden Gebissene auch in der Station wohnen. Wohnung erhalten vielmehr nur diejenigen, welche bei Verwandten, Freunden etc. in Berlin kein Unterkommen finden können. Die Behandlung ist in allen Fällen dieselbe. Im eigentlichen Interesse der gebissenen Personen aber liegt es, sich möglichst rasch an die Station zu wenden und ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen, nicht erst zu warten, bis die Krankheit zum Ausbruch kommt; dann ist es schon zu spät.

**Elektrische Bremsen** sind bei den neu angefertigten Akkumulatorenwagen der Großen Berliner Straßenbahn zur Einführung gelangt. Diese Bremsen stehen in Verbindung mit dem Strom-einschalter und können nur in Thätigkeit treten, nachdem der Strom ausgeschaltet ist. Die Bremsen schließen ganz vorzüglich an, so daß die Waggons mit ziemlicher Schmelzhaftigkeit zum Stehen gebracht werden können. Bei einer vollen Drehung des Einschalters resp. Bremshebels tritt Gegenstrom ein, der nur im äußersten Nothfalle gegeben werden darf. So kann ein Motorwagen vermittels dieser elektrischen resp. Gegenstrombremse auf eine Entfernung von fünf Metern zum Stehen gebracht werden. Außerdem befindet sich an jedem Wagon auch noch die bisher übliche Handbremse, welche die Wagenführer an den Haltestellen zu benutzen haben. Diese Bremsvorrichtung ist insofern geändert, als nur die Vorderachsen gehalten werden. Im Falle eines Defektes an der Bremse kann der Schaffner zu jeder Zeit von der Hinterplattform aus die Räder des Hinterrades zum Stehen bringen. Neuerdings wird eine magnetische Bremse probirt, die den Wagen auf 3 Meter Entfernung stellen soll.

**Wenn die Papierkörbe,** die der Thiergarten vor einiger Zeit erhalten hat, ihren Zweck erreichen sollen, so müssen sie viel zahlreicher werden und vor allen Dingen auch dort Platz finden, wohin sie in erster Linie gehören, auf den Kinder-Spielplätzen. Hier, wo sie zugleich erzieherisch wirken könnten, fehlen sie aber noch durchweg. So unformliche Kisten, wie sie jetzt mit einem dicken Draht an die Füße der Promenadenbänke angebunden sind, brauchen es ja nicht überall zu sein.

**Schreibmaschinen mit Lohnabzug.** Zur schnelleren und billigeren Bewältigung der schriftlichen Arbeiten beim Landgericht I sind für das Kriminalgerichtsgebäude vier Remington-Schreibmaschinen angeschafft worden. Die Konzisten müssen sich nach erfolgter Ausbildung eine Herabsetzung der Schreibgebühren gefallen lassen.

**Neues Asphaltpflaster.** Das Stürzen der Pferde auf dem neuen Asphalt soll durch ein neues Asphaltpflaster vermieden werden, das dieser Tage auf der neugepflasterten Straße der Potsdamerstraße, von der Weide bis zur Vilgowitzstraße, zur Verwendung gekommen ist. Es ist dies das sogenannte Technolith-Asphalt, mit dem dort etwa 1300 Quadratmeter Asphalt hergestellt und dem Verkehr übergeben worden sind. Das neue Pflaster hat bereits seit 1896 auf der mit Lastfuhrwerk stark befahrenen Saathwiler Chaussee und seit dem vorigen Jahre in der Habsburgerstraße in Schönberg seine Probe bestanden. Gewährt das Technolith-Asphalt sich auch auf der Potsdamerstraße, so wird es vermutlich allgemein eingeführt werden.

**Zur Lokalfrage.** Die Firma Wörner u. Herzberg, Bernburgerstraße 14, veranstaltet zu Sonnabend eine Dampferpartie nach dem Lokal von Rüttenow in Raugangsverder. Da dies Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht und die Teilnehmer verjagen, unter den Arbeitern Willens abzugeben, so weisen man dieselben zurück. Die Lokalkommission.

**Ein Motorwagen** nach dem System Kühnstein-Vollmer soll dem „M. Journal“ zufolge vom 1. September d. J. an in hiesigen Postdienst praktische Verwendung finden. Er ist dazu bestimmt, das bisherige Postfacien zu ersetzen und soll, falls er sich bewährt, ebenfalls eingeführt werden. Der Probenwagen wurde gestern Mittag dem Staatssekretär v. Pöbbeckel auf dem Hofe des Reichspostamts von den Herren Kühnstein und Vollmer gezeigt und soll sehr befriedigt haben. Als Betriebsmittel dient Petrol-Naphtha, und eine Füllung soll für 100 Kilometer ausreichen.

**Eine Unterschlagung von 32000 Mark** soll, wie eine Lokalkorrespondenz erfahren haben will, dieser Tage bei der Hauptkassette der Eisenbahn-Direktion Berlin entdeckt worden sein, und die Thäterschaft soll, wie es heißt, einem bereits im Herbst vorigen Jahres verstorbenen Beamten der Hauptkasse zur Last fallen.

**„halb todt gelacht“** im wahren Sinne des Wortes hat sich ein junges, dreizehnjähriges Mädchen, dessen eigenartige Krankengeschichte ein hiesiger Arzt in der letzten Nummer der „Deutsche Medizin. Wochenschrift“ mittheilt. Das Mädchen erzählte eines Abends im Alter gleichzeitiger Gefährtinnen fast eine Stunde lang und eifrig allerlei lustige Geschichten, aber die sie selbst herzhafte lachte. Sie kam, wie man zu sagen pflegt, aus dem Lachen nicht heraus. Plötzlich aber stocste sie und fing jämmerlich zu stöhnen und zu jammern an, so daß die im Nebenzimmer befindliche Erzieherin geängstigt herbeilief. Alle Versuche, das Mädchen zu beruhigen, waren vergeblich. Klagen über heftige Stiche in der Brust und in der Herzgegend wechselten mit jämmerhaften Juchzen und Athembeklemmungen, sodas schließlich der Arzt geholt werden mußte. Dieser fand die kleine Patientin bleich, veräthert und im Bett aufrecht sitzend und ängstlich nach Athem ringend. Erst nach und nach besetzten sich die bedrohlichen Erscheinungen; doch traten in der nächsten Zeit vorübergehend immer wieder ähnliche Anfälle auf, besonders dann, wenn sie sich körperlich stark angestrengt oder

feelisch erregt hatte. Die längere Zeit hindurch fortgesetzte Beobachtung und Untersuchung des merkwürdigen Zustandes brachten den Arzt zu der Ueberzeugung, daß es sich um eine Erkrankung des Zwerchfells infolge übermäßigen Lachens handelte. Die Annahme erschien gerechtfertigt, daß durch den anhaltenden Lachkampf und die dadurch hervorgerufene krampfhaft angestrenzte Thätigkeit des Zwerchfells ein durch dieses hindurchtretender wichtiger Nerv verletzt worden war, der mit dem Herzen in Verbindung steht. Eine derartige Erkrankung dürfte zu den größten Seltenheiten gehören; jedenfalls bildet sie eine drastische Illustration zu der sprichwörtlichen Redensart: „Ich habe mich halb todt gelacht“.

**Von einem Schuhmann** wurde der Kellner Erwin Gerth gestern früh in den Anlagen des Blücherplatzes so schwer mit dem Säbel verletzt, daß er einem Krankenhause zugeführt werden mußte. Der Kellner hatte auf einer Bank geschlafen und Widerstand geleistet, als er vom Schuhmann geweckt worden war.

**Der beleuchtete Wasserthurm.** Vorgestern Abend war der Andrang zur Besichtigung der elektrischen Beleuchtung des Wasserthurms im Viktoriapark noch größer als an den Tagen vorher. Die Menschenmassen standen dichtgedrängt bis zum Tempelhofer Ufer. Schon um 8 Uhr hatte die Polizei die Grobheerenstraße von der Hagelsbergerstraße an für den Fahrverkehr gesperrt. Um 9 Uhr konnte das Publikum weder vor- noch rückwärts. Die Polizei bewies den Volksmassen gegenüber große Geduld, nur den Radfahrern, Droßkeln und anderem Fußwerk gegenüber schritt sie mehrere Male ein. Es ist dem auch kein Unfall zu beklagen. Zwei kleine Kinder, die unter einem Omnibus gerieten, über zum Glück ganz langsam fuhr, konnten von Erwachsenen, ohne Verletzungen erlitten zu haben, unter dem Wagen herbeigezogen werden. Sollte der Andrang zu dem Beleuchtungsschauspiel weiter zunehmen, so wird, wie die „Post. Ztg.“ meint, nichts übrig bleiben, als die Beleuchtung auch auf andere Tage auszubehnen, bis die Schaulust sich etwas gelegt hat. Andernfalls sind Unglücksfälle unausbleiblich, da mehr als die Hälfte der schaulustigen Menge aus Kindern und Frauen zu bestehen pflegt.

**Was einem jungen Mädchen in Berlin passiren kann.** Die in Nixdorf wohnhafte, in Berlin aber in Beschäftigung stehende Arbeiterin Martha Krebs bemerkte am Mittwoch Abend auf dem Heimwege, daß sie von einem Manne unangesehrt verfolgt wurde. Nichts Gutes ahnend beschleunigte sie ihre Schritte, doch der Verfolger blieb dicht hinter ihr. In der Nähe der neuen Garnisonkirche in der Gneisenaustraße wurde die Krebs von dem ihr folgenden Manne in unzweideutiger Weise „angekannt“. Als sich die Arbeiterin voller Entrüstung derartig verbat, erklärte der Unbekannte plötzlich, er sei Beamter der Sittenspolizei und erklärte das Mädchen für verhaftet. Zum Beweise seiner Beamtenqualität zog er auch eine Karte aus der Tasche und wies sie vor. Die Karte aber wurde von dem Mädchen auf den ersten Blick für ein aus einer Färberei stammendes Zeichen erkannt. Um der ferneren Zudringlichkeit des Verfolgers zu entgehen, sah sie ihren Schirm und schlug damit dem Verfolger mehrmals in das Angesicht. Dieser reuete sich sofort, indem er der Vertheidigerin ihrer Ehre mit der geballten Faust ins rechte Auge schlug und sodann in feiger Flucht das Weite suchte. Als Retter in der Noth erwiesen sich nun einige ebenfalls auf dem Heimwege befindliche Arbeiter, welche den Verfolger beobachtet hatten. Sie nahmen sofort die Verfolgung des Ausreißers auf, hatten auch das Glück, seiner habhaft zu werden und liehen dem Wüthen an Ort und Stelle als Strafe für seine Hebelthat eine sehr nachdrückliche Lektion zu theil werden. Hieran liehen sie ihn aber wieder laufen, so daß seine Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte.

**Das Opfer der Berrücktheit.** Der vorgestern in der Königl. Klinik an einer im Duell empfangenen Schußwunde gestorbene junge Arzt ist ein geborener Livländer, der hier studirte und viel in Schriftstellerkreisen verkehrte. Sein Begner, ein Dr. med. K., hat sich, wie schon gemeldet, der Staatsanwaltschaft gestellt. Die Leiche des Dr. med. Wagens, nicht Voges, wie es anfänglich hieß, wird nach Livland gebracht.

**Ver schwunden** ist seit Sonntag die 18-jährige Helene Gramsch, welche bei ihren Eltern, Hufschmiedstr. 68, 2 Kreyen wohnte. Sie ging am Sonntag Morgen aus dem Hause, um den Friedhof in der Bringen-Allee zu besuchen. Der Vater des Mädchens, der Schlosser Rudolph Gramsch, ist über das Verschwinden seiner Tochter unumwunden beunruhigt, als irgend ein unaufrichtiger Verdacht gegen sie kind ausgebrochen ist und kaum eine andere Vermuthung übrig bleibt, als daß es einem Unglück zum Opfer gefallen ist. Helene Gramsch ist von kleiner, aber kräftiger Statur, hat dunkles Haar und trug am Sonntag dunkle, einfache Kleidung. Wer etwas über den Verbleib der Verschwindenden angeben kann, wird gebeten, die Eltern das nächste Polizeibureau zu benachrichtigen.

**Der Fernsprechverkehr mit Osterburg und Grem** (Bezirk Riel) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein ein Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt je eine 3.

**Auf dem Festplatz im Etablissement Sterneder** vorigen Sonntag folgende Gegenstände gefunden worden: schwarze Ledertasche, ein Paar Handschuhe, eine weiße Kiste ein Herren-Regenschirm. Die Eigentümer wollen sich bei R. Anslamerstr. 41, melden.

**Eine Bande jugendlicher Diebe,** welche seit Jahren Stadtgegenden heimlich, insbesondere Kinder und Laufbursche welche mit Geld und Paketen unterwegs waren, schädigte, ist der Kriminalpolizei ermittelt und zur Haft gebracht worden. Thäter pflegten dertag zu operiren, daß sie das betreffende Kind oder Laufburschen mit irgend einer Bestellung in die höchsten Etagen eines Hauses schickten und inzwischen als Pfand für die richtige Ausführung der Bestellung Pakete und Geld sich geben liehen und damit dann verschwand. In einigen Fällen haben die jugendlichen Verbrecher sich nicht getraut, Gewalt anzuwenden, um sich in den Besitz der Gegenstände zu setzen. In welchem Umfange die saubere Gesellschaft ihr verbrecherisches Treiben ausgeübt hat, erhebt aus dem Umfange, daß einer der Teilnehmer bereits 150 Fälle der besagten Diebstähle einräumte.

**Von der Firma Wengler u. Mohrman,** Köpnickstr. 154a, erhalten wir folgende Zuschrift: Da wir infolge Ihres Artikels in der letzten Sonntagsnummer betreffs des betrügerischen Brautpaares von verschiedenen Seiten auf die große Leichtgläubigkeit, mit der wir bei diesem Geschäft verfahren sind, aufmerksam gemacht wurden, so möchten wir Sie um eine diesbezügliche Verichtigung bitten. Nicht das Brautpaar hat sich die Sachen von uns abholen lassen, sondern wir haben die Sachen mit unserem Fuhrwerk nach der Göttesstr. 9 geschafft.

**Ein bemerkenswerther Brand** entstand gestern Vormittag auf dem Grundstück Schloßplatz 1. Dort war der Arbeiter Karl Thiede mit dem Reintigen eines Einsteigerrohrs der Pumpstation beschäftigt, als ihm seine Zündlampe plötzlich explodirte und in dem Einsteigerrohr die Erdgase sich entzündeten. Die Flamme schlug sofort in den Lichtofen, wo sich das Einsteigerrohr befindet, bis zur Decke empor. Thiede wurde zur Seite geschleudert und besch die Geistesgegenwart, sofort über das den Hof einschließende Gitter zu springen und sich dadurch zu retten. In wenigen Minuten später stand der Lichtofen in Flammen, die von der Feuerwehr gelöscht werden mußten. Auf demselben Grundstück waren gestern Nachmittag Zengin und in Zengin aufgelöster Gummi in Brand gerathen.

**Ein Spielernest.** Von der Polizei ausgehoben wurde gestern das Restaurant von A. König („Zum Bayernhose“), Dramenplatz. Dem dortigen Polizei-Revier waren fortgesetzt Anzeigen gemacht worden, daß in dem Lokale „Meine Tante, Deine Tante“ gespielt und anderen verbotenen Spielen gebulldigt werde. Da es in letzter Zeit hier auch einige Male zu Schlägereien gekommen war, erschienen

gestern mehrere Kriminalbeamte, sowie zwölf Schutzleute unter Führung eines Polizeileutnants und haben das ganze Rest aus. Es befanden sich etwa 40 Personen, darunter neun Frauenpersonen, im Lokale, welche alle den Weg zum Polizeirevier nach dem Luisen-Platz antreten mußten. Der größte Theil derselben wurde bald wieder entlassen, während vier Personen in Haft behalten wurden.

Bei der Arbeit verunglückt ist gestern, Donnerstag, Nachmittag der in der Zentrale der Elektrizitätswerke in der Mauerstraße beschäftigte Arbeiter Witzsch. Derselbe fiel eine Eisenkugel, die ungefähr einen Zentner wiegt, auf einen Fuß und verletzte so schwer, daß man ihn auf die Unfallstation I in der Wilhelmstraße bringen mußte.

Unfälle. Der Maurer Reinold stürzte gestern von einem an dem Hause Königsgrabenstraße 29 ohne Gelände angebrachten und, wie sich später herausstellte, unvorschriftsmäßig hergestellten Hängegerüst aus der Höhe des 3. Stocks auf den Hof und starb auf der Stelle infolge eines Schädelbruchs. — Durch unvorsichtiges Umgehen mit einem geladenen Revolver verletzte der Laufbursche Leffig die Schwägerin seines Dienstgebers. Ein losgegangener Schuß traf das eben ins Zimmer getretene Mädchen in die rechte Wade, die Angel wurde jedoch durch einen Arzt bald entfernt. Weiterer Schaden wird für die Verletzte nicht befürchtet. — In der Sebastianstraße wurde der 6 Jahre alte Knabe des Kürschmachers Vogelmann durch einen Geschäftswagen überfahren und derartig verletzt, daß auf der Sanitätsstation mehrere Wunden genäht werden mußten. — In einem Pferdebahnwagen der Linie Kirdorf-Weißburgerstraße lief gestern Abend 8 Uhr 15 Minuten in der Reuten Promenade die anscheinend geisteschwache unterehelichte Martha L. aus der Willibaldsstraße hinein. Die L. wurde überfahren und erlitt eine anscheinend recht schwere Quetschung einer Beine des rechten Fußes, konnte sich aber nach ihrer Wohnung begeben, nachdem ihr im Hedwig-Krankenhaus ein Verband angelegt war. — Von einem vor einen Obstwagen gespannten Pechhunde wurde gestern Vormittag 11 1/2 Uhr an der Ecke der Drehs- und Wilmersstraße die elfjährige Tochter Martha des Schuhmachers J., Wilmersstraße wohnhaft, in den rechten Unterarm gebissen und am Handgelenk nicht unbedeutend verletzt. Die Wunde, welche etwa 8 Zentimeter lang ist, wurde im städtischen Krankenhaus verbunden. Das Kind soll im Vorbeigehen den Kopf des Hundes berührt und diesen dadurch gereizt haben.

Auf der Treptower Sternwarte war am Mittwoch Abend eine sehr zahlreiche Gesellschaft versammelt, um unter der Leitung des Direktors Herrn Archenhold sich die Wunder der Sternennacht erklären zu lassen. Der Himmel war einigermassen gnädig gestimmt, so daß wenigstens der größere Theil der 108 Damen und Herren, welche sich zur Beobachtung ihres Wissensdranges eingefunden hatten, das Hauptobjekt des vorgestrigen Abends, den Mond, durch das Niefenfernrohr beobachten konnten. Allerdings war die Geduld des Publikums durch langes Warten auf eine harte Probe gestellt; und die Leitung des wissenschaftlichen Unternehmens dürfte gut thun, statt der zwei besonderen Beobachtungsabende, die unseres Wissens für den Monat vorgesehen sind, deren mehrere anzufügen. Im weiteren Verlauf des Abends folgten noch Uebungen im Auffuchen von Sternbildern, sowie Beobachtungen des Planeten Saturn. Eine eingehende Darstellung des sehenswerthen Treptower Unternehmens haben wir beiläufig vor Kurzem in der Unterhaltungsbeilage gegeben, weshalb sich wohl eine Erklärung des Fernrohrs und des astronomischen Museums an dieser Stelle erübrigt.

Feuerbericht. Donnerstag mittags 12 Uhr erfolgte Alarm nach Französischstraße 33. Hier war infolge Kurzschlusses an der elektrischen Leitung das Zwischengebäl in Brand gerathen, der die Wehr fast eine Stunde beschäftigte, da das Gebäl in größerer Ausdehnung freigelegt werden mußte. Nachmittags 5 Uhr hatte die Feuerwehr Kopenhagenerstraße 24, am Viktoria-Speicher, ein Pferd aus der Eyree herauszubefördern.

### Aus den Nachbarorten.

Zur Lokalliste. Das Lokal „Arrolinshof“, Inhaber Wrofin, in Pöbensee am Spandauer-Schiffbaukanal steht den Arbeitern von jetzt ab zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Für den diesjährigen Brandversicherungs-Städtetag, welcher am 19. und 20. September in Sorau abgehalten werden soll, ist u. a. folgende Tagesordnung festgesetzt worden: Benutzung der Kapitalien der Alters- und Invaliditätsversicherungs-Anstalten im Interesse der Gemeinden (Verichterstatter: Landesrath Meyer-Berlin). Haushaltungs-Unterricht in den Gemeindefürsorge- (Oberbürgermeister Vollmann-Guben). Gefeyntwurf betreffend die Gemeindebeamten (Bürgermeister Dreifert-Kottbus). Das Recht der Gemeinden zur Abweisung Kausalgehender und Ausweisung Unterstühter (Bürgermeister Wolf-Spandau). Versicherung der Gemeinden gegen Diebstahl (Erster Bürgermeister Kuder-Kandberg a. S.). Mittheilung über die Fortschritte der Schulen für schwachbegabte Kinder (Stadtverordneter Hermann-Direktor Dr. Hubardt-Charlottenburg). Bestimmung des nächsten Vorortes. Die Vertheilung der Sätze an Zeugena für die Gendarmen und die städtischen Polizeibeamten (Bürgermeister Nam-Jehdenick). Außerdem soll an ersten Verhandlungstage die Wahl des Vorsitzenden für den Rest der laufenden Periode stattfinden, da dieses Amt durch den Tod des Obermeisters Frische-Charlottenburg frei geworden ist. Weitergehende Tagesordnung der Verwaltungsbereiche des Vorstandes für Verbandsjahr 1. April 1897-98, nach welchem jetzt dem Städte- von den 130 Städten der Provinz 100 angehören und zwar aus dem Regierungsbezirk Potsdam und 48 aus dem Regierungs- bezirk Frankfurt a. O. Noch nicht beigetreten sind: 17 Städte des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. und 10 Städte des Regierungs- bezirks Potsdam.

Auch eine „Mittelhanddrehung“. Die gegen das Haus- firen mit Milch in den Straßen von Schöneberg seitens der eingeseiften Milchhändler gerichteten Verordnungen, welche bei der früheren Landgemeinde-Verwaltung erfolglos geblieben waren, haben jetzt den Magistrat der Stadt bereits zu dem Beschlusse veranlaßt, neue Erlaubnisscheine zum Hausfiren mit Milch in Schöneberg an anherhalb wohnende Händler nicht mehr zu erteilen. Ueber den weiteren Antrag der Milchhändler, auch die schon früher erteilten Genehmigungen zum Milchhaushandel in der Stadt den auswärtigen Händlern wieder zu entziehen, hat sich der Magistrat noch nicht schlüssig gemacht.

Wie die Regierung und neue Anhängerzahlen zuführt. Die „Berl. Zig.“ schreibt:

„Ein in der militärisch-fälligen Anstellung Hasehorst bei Spandau wohnhafter Arbeiter Müller vom Feuerwerks-Laboratorium hatte sich bei der Reichstagswahl durch agitatorische Thätigkeit für die Sozialdemokratie hervorgethan. Hieron erhielt die Behörde nachträglich Kenntniß. Der Mann wurde zunächst aus dem aus Arbeitern der Militärverfabriken bestehenden Gesangsverein und dem Kriegerverein ausgeschlossen und bald darauf auch aus der Arbeit entlassen. Auch muß er am 1. August die vom Militärhauß gemietete Wohnung räumen.“

Erfahrungsgemäß ist auch die intensivste Agitation unserer Parteigenossen nicht im Stande, die Ausbreitung unserer Ideen so zu fördern, wie es durch derartige Maßregeln geschieht. Doch wird auch in Spandau mit dieser alterproben Erfahrung Recht haben, wird die nächste beste Gelegenheit erweisen.

Das neue große Gefängniß in Tegel soll schon im Spät- sommer d. J. belegt werden.

Nachmal der verbotene Festzug in Kottbus. Der Vor- sitzende des Festauschusses zum III. Kreis-Turnfest der Arbeiter- Turnvereine hatte sich infolge des polizeilichen Verbots beschwerde- führend an den Regierungspräsidenten gewandt. In dem Antwortschreiben theilt der Regierungspräsident mit, es könne nicht gestattet werden, daß die am 31. d. M. morgens um 7 und 7 1/2 Uhr in Kottbus eintreffenden Kreis-Turnvereine vom Bahnhof eingeholt werden, da nach § 10 der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage vom

4. Juli 1898 öffentliche Versammlungen und Aufzüge, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, an den Sonn- und Feiertagen erst nach der Zeit des Hauptgottesdienstes gestattet sind. „Dagegen“, heißt es in dem Bescheide weiter, „will ich erlauben, daß der für den Nachmittag desselben Tages geplante Festzug stattfindet. Ich setze voraus, daß die Teilnehmer alles vermeiden werden, was eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeiführen könnte.“

Aus Spandau wird berichtet: Vor einigen Tagen starb die 39 Jahre alte Frau des Schmiedemeisters Elwinski, an der Ham- burger Chaussee wohnhaft. Die Dahingekedene war evangelischer Konfession, ihr Mann ist katholisch. Der durchaus glücklichen Ehe sind sieben Kinder entsprossen, die im Gmderländisch der beiden Ehegatten katholisch getauft und erzogen wurden. Der Mann suchte in vorgeschriebener Form bei der evangelischen Kirche um die Mit- wirkung eines Geistlichen beim Begräbniß nach und hinterlegte die Gebühr beim Küsteramt. Das Geld wurde dem Manne aber zurückgebracht mit dem Bemerkten, daß ein evange- lischer Geistlicher nicht zum Leichenbegängniß kommen würde. Auch der Mann von dem Manne angerufene katholische Geistliche lehnte seine Mitwirkung ab. Dem Gatten half an beiden Stellen seine wiederholte inständige Bitte nichts. Die Frau wurde, ein in Spandau unter solchen Umständen noch nicht dagewesener Fall, an- gestrichelt einer zahlreichen Trauergemeinde ohne Anwesenheit eines Geistlichen beerdigt. Zu erwähnen wäre noch, daß die Korrespondenz hierzu, daß die Verstorbene, die in jeder Hinsicht eine achtbare Frau gewesen, ihre Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche stets betheätigt und häufig das Abendmahl genommen hat. Ihr Tod war an den Folgen einer Entbindung eingetreten. — Derartige Vorfälle werden gewiß nicht dazu beitragen, das bische Anhänglichkeit, das die Kirche hier und da noch besitzt, zu erhalten.

Zum unthunlichen Knabenmord in Spandau bemächtigt sich jetzt die Polizei, den Ursprung bez. den derzeitigen Eigenthümer eines Spatens zu ermitteln, der wenige Schritte vom Fundort der Leiche entfernt in der Erde steckte, neben einer kleinen Grube, die offenbar erst gegraben worden ist, nachdem die Roggenfaat hier schon bewerk- stelligt worden. Man nimmt an, daß der Mörder des Knaben oder die Person, welche die Leiche nach dem Felde geschafft hat, sie hier verscharrten wollte und dabei gestört wurde. Der Spielgefährte des Todten, der 13jährige Karl Modder, wird noch alle Tage vom Untersuchungsrichter oder von der Polizei vernommen.

Aus der Kolonie Pichtenau bei Neu-Nahndorf wird uns berichtet: In der Nacht zum Donnerstag stürzte ein Neubau in der Bahnhofsstraße in sich zusammen, so daß die anliegenden Einwohner erschreckt aus ihrem Schlaf emporsprangen. Mittwoch Abend war von den Zimmerleuten die Balkenlage in der ersten Etage gelegt worden. Welches namenlose Unglück herbeigeführt worden wäre, wenn der Einsturz während der Arbeitszeit erfolgt wäre, läßt sich gar nicht übersehen, da weder Rettungsgeschäfte noch genügende Hilfskräfte vorhanden waren. Noch Mittwoch Abend vergnügte sich eine Schaar munterer Kinder von Sommergästen auf Brettern vor dem Bau. Wen die Schuld trifft, wird hoffentlich eine strenge Untersuchung zu tage fördern.

## Geriichts-Beitung.

Die Forderung des Veretungsgesetzes. Die Holzarbeiter der Fabrik von Schneider in Magdeburg befanden sich im Juni des vorigen Jahres in Ausstände. Sie wollten sich nicht mit der vom Unternehmer festgesetzten elfstündigen Arbeitszeit zufrieden geben und verlangten deren Herabminderung auf 10 Stunden. Die Aus- ständigen wurden unterstützt, wozu der Verband deutscher Holzarbeiter wesentlich beitrug. Eines Tages hielten die Arbeiter eine Versammlung ab, an der sich annähernd 60 Personen beteiligten. Unter diesen befand sich auch der Vertrauensmann Bernstein von der genannten Gewerkschafts-Organi- sation, von den Versammelten gehörte eine Anzahl dem Verbande bereits längere Zeit an, andere traten der Organisation in der Ver- sammlung bei. Der Einberufer der Versammlung hatte diese der Polizeibehörde nicht angemeldet, weil er sich dazu nicht für verpflichtet hielt. Diese Unterlassung hatte eine Reihe Anklagen wegen Ver- gehen gegen das Vereinsgesetz zur Folge. Die durch ihr Vorgehen gegen die Arbeiterchaft allbekannten Behörden von Magdeburg erklärten die Versammlung für eine solche, deren Zweck ge- wesen sei, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern, und die deshalb hätte angemeldet werden müssen. Angeklagt wurde die Gastwirtin Bent als diejenige Person, die das Lokal hergegeben habe, und die Holz- arbeiter Bernstein, Veitge, Hesse und Zimmer als Redner und Leiter in einer zu unrecht nicht polizeilich angemeldeten Versammlung. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten jedoch frei und das Landgericht verwarf die Verurteilung der Staats- anwaltschaft. Die Gerichte nahmen an, daß die Versammlung nicht die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bezweckt habe. Die Angelegenheiten der Arbeiter einer einzelnen Fabrik seien lediglich als private Angelegenheiten der Beteiligten zu betrachten und nur solche habe die Versammlung erörtern sollen; es sei deshalb eine Anmeldung bei der Polizei nicht erforderlich gewesen. Gegen diese Entscheidung legte die in der Wahrung des Rechts unermüdlche Staatsanwaltschaft Revision ein und machte geltend, es habe sich hier doch um die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gehandelt, da die Angelegenheiten der Streikenden auch weitere Kreise berührt hätten. Die Anständigen seien zum Beispiel unterstützt worden. Daß die Gesamtheit der Holzarbeiter interessiert gewesen sei, gehe aus der Anwesenheit des Vertrauensmannes des Verbandes hervor. Und der Verband selber, der sich zur Aufgabe die Vertretung der Interessen aller Holzarbeiter gemacht habe, sei in der Versammlung durch den Beitritt von Mitgliedern gehoben und gestärkt worden. Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht trat dieser Ausführung bei und betonte, das Kammergericht habe schon einmal die soziale Lage der Vergarbeiter und die Regelung ihrer Arbeitszeit als öffentliche Angelegenheiten angesehen. Der Ferien-Strassenrat des Kammergerichts gab gestern der Revision der Staatsanwaltschaft auch statt, hob die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung in die Vorinstanz zurück. Zur Begründung führte der Senats- vorsitzende folgendes an: Das Gericht habe sich nicht dem Ober- staatsanwalt angeschlossen, soweit es sich darum handele, zu ent- scheiden, ob die in der Versammlung erörterten Angelegenheiten der Arbeiter jener einzelnen Fabrik öffentliche oder private Angelegenheiten seien. Sie seien tatsächlich mit dem Landgericht als private Angelegenheiten der einzelnen beteiligten Arbeiter anzusehen. Das Urtheil habe aber aus einem anderen Grunde aufgehoben werden müssen. Es sei im Laufe des Verfahrens zur Sprache ge- kommen, daß die Versammelten aufgefordert worden seien, dem Verbande beizutreten. Eine solche Aufforderung greife nun aber über das Gebiet der privaten An- gelegenheiten hinaus in das der öffentlichen Interessen. Da Einzelheiten hierüber indessen nicht feststünden, so müsse das Landgericht den Sachverhalt weiter aufklären.

Den Verkauf von Heilmitteln betrifft eine für die interessierten Kreise wichtige Entscheidung. Die Kaufleute Hase und Walter waren vom Landgericht Hlogau zu Geldstrafen von je 10 M. verurtheilt worden, weil sie eine Regierungs-Polizeiverordnung aus dem Jahre 1855 nicht beachtet hatten, wonach jeder Verkauf von irgend welchen Stoffen als Heilmittel gegen Krankheit und Körperleiden ohne polizeiliche Erlaubniß verboten ist. Die Verurtheilten legten Revision ein und beantragten, jene Verordnung aus dem Jahre 1855 sei ungültig. Im übrigen machten sie geltend, daß das Creolin, um das es sich hier handelt, überhaupt kein Heilmittel sei. Wenn es auf den Klagenumschlägen auch zum Anwaschen und Reinhalten von Wunden empfohlen werde, sei es doch noch lange kein Heilmittel, höchstens könnte man es wegen seiner Eigenschaften als Desinfektions- mittel bezeichnen. Das Kammergericht hob die landgerichtliche Ent- scheidung auf und wies die Sache nochmals an das Landgericht

zurück. Es führte aus: Beschränkungen der Gewerbefreiheit seien infolgedessen zulässig, als es sich um die Art der Ausübung eines Gewerbes handele. Was nun den Vertrieb von Heilmitteln angehe, so habe § 6 der Gewerbe-Ordnung dem Bundesrath Voll- macht gegeben, hierüber Bestimmungen zu erlassen. Das sei durch die kaiserliche Verordnung vom 27. Januar 1890 geschehen. Danach dürften bestimmte Heilmittel im Kleinhandel nur in Apotheken feilgehalten werden. Alle in den Verzeichnissen A und B zu der kaiserlichen Verordnung nicht aufgeführten Heilmittel seien demnach dem öffentlichen Verkehr freigegeben. Insoweit, als sie auch den Vertrieb dieser Mittel von der polizeilichen Erlaubniß abhängig mache, sei darum die angelegene Verordnung von 1855 ungültig. Im vor- liegenden Falle frage es sich nun erstens, ob Creolin ein Heil- mittel sei, zweitens ob es zu den Stoffen gehöre, die in den der kaiserlichen Verordnung beigegebenen Verzeichnissen A und B auf- geführt seien. Als Heilmittel müsse es unbedingt an- gesehen werden, wenn es u. a. der Reinigung von Wunden dienen solle. Es stehe fest, daß es nicht unter das Verzeichnis B falle. Das genüge aber noch nicht zur Freigabe, es müsse noch untersucht werden, ob es nicht etwa zu den Stoffen im Verzeichnis A gehöre. Deshalb die Zurückweisung an den Vorderrichter.

Unter der Anklage des Diebstahls stand gestern der Arbeiter Ernst Karle vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte besuchte fast täglich den früheren Restaurateur Kahl, welcher im Hause Südlicherstraße Nr. 73 eine Hofwohnung inne hatte. Am 7. Juni dieses Jahres vernahm Kahl einen Reserveschlüssel zu seiner Korbbohrer, ohne jedoch diesem Umstände größeres Gewicht beizulegen. Am folgenden Tage erhielt Kahl wiederum den Besuch des Angeklagten. Beide begaben sich nach einiger Zeit nach der im Vorderhause gelegenen Schankwirth- schaft. Als Kahl sich gegen 9 Uhr zum Klatschspielen hinfegte, ging der Angeklagte seiner Angabe nach nach Hause. Kahl bemerkte beim Betreten seiner Wohnung, daß die obere Schublade seiner Kommode offen stand und im nächsten Augenblick hatte er die un- liebsame Feststellung gemacht, daß seine Ersparnisse, gegen 700 M., gestohlen waren. Der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich erst auf den Angeklagten, als Kahl von anderen Haus- bewohnern erfuhr, daß Korfale an dem feindlichen Abende noch um 9 1/2 Uhr allein über den Hof und in die Kahl'sche Wohnung gegangen war. Der Angeklagte wurde auch trotz seines Leugnens für über- führt erachtet und zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängniß und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Wegen Verletzung der Vorschriften des Kranken- versicherungsgesetzes ist der Baunternehmer Friedrich Fredrik aus Spandau von der Ferien-Strafkammer des Landgerichts II zu 150 M. Geldstrafe oder für je 3 M. einen Tag Gefängniß verurtheilt worden. Er hatte während der Monate August und September v. J. seinen Arbeitern die Krankenlaffenbeiträge zwar vom Lohn in Abzug gebracht, aber „vergessen“, die ziemlich hohen Beiträge der Orts- krankenkasse zuzuführen.

Böse Zustände müssen in der Restauration des Schankwirths Reinhold Kruschki geherrscht haben, welcher gestern unter der Anklage der Kuppelei und der vollendeten und versuchten Erpressung in Verbindung mit Freiheitsberaubung vor der vierten Ferienstraf- kammer des Landgerichts I stand. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Aus der Urtheilsverkündung ging hervor, daß der Angeklagte in seinem Lokale Rathenowstraße 101 weibliche Bedienung hielt. Um größeren Zutrud zu erzielen, duldete er es, daß seine Kellnerinnen einem unstilligen Treiben oblagten. In mehreren Fällen soll er dann Ansprüche auf das Geld gemacht haben, welches die Kellnerinnen von den Gästen erhalten hatten; er gab seiner Forderung dadurch Nachdruck, daß er durch Verschließen der Ausgänge die Mädchen verhielt, das Lokal zu verlassen. Der Gerichtshof hielt den Inhalt der Anklage im vollen Umfange für erwiesen, bezeichnete das Verhalten des Angeklagten als höchst verwerflich und verurtheilte ihn zu einer Gefängnißstrafe von sechs Monaten.

Ein unangenehmes Abenteuer hatte am Abend des 24. Oktober 1898 der Dienstherr Adolf Fischer zu bestehen. Er war nach Berlin gekommen, um hier einige Geschäfte zu erledigen und vor der Herberge zur Heimath stehend, ging er mit sich darüber zu Rathe, wie er die beiden Stunden verbringen sollte, die ihm bis zum Abgange des Zuges, der ihn nach seinem Heimathsort in Pommern führen sollte, verblieben. Er wählte sein Geld. Dies erregte die Aufmerksamkeit einiger Kurden, welche ihn beobachteten. In wenigen Minuten hatten sie einen Plan geschmiedet, um den biederen Pommern auszulündern. Einer von ihnen — es soll der Köpfer Otto Adam gewesen sein — ging auf Fischer zu und fragte ihn, was die Uhr sei. Bereitwillig zog Fischer seine Uhr und gab Auskunft. Dann schleuderte er die Strasse entlang. In der Pinnen- strasse wurde er von drei Männern eingeholt. Einer von ihnen forderte ihn auf, mit ihnen auf den nächsten Hausflur zu treten. Hier erklärte derselbe Mann: Sie sind der Mörder des Justizraths Leoy, ich bin Kriminalbeamter, im Namen des Gesetzes verhafte ich Sie! Fischer war starr ob dieser Begrüßung. Geben Sie sofort Ihr Portemonnaie und Ihre Uhr ab! herrichte ihn der angebliche Kriminalbeamte an. Willenslos händigte Fischer ihm die verlangten Gegenstände ab. In diesem Augenblick kam eine Frau die Treppen hinunter. Die drei Gauner zogen es vor, die Flucht zu ergreifen. Jetzt erst kam es dem Gepflünderten zum Bewußtsein, daß man ein schändliches Spiel mit ihm getrieben, er rannte hinter ihnen her, vermochte sie aber nicht einzuholen. Ein Schutzmann rief ihm, sich nach dem Polizeipräsidenten zu begeben und Anzeige zu erstatten. Dort wurde dem Fischer das Verbrechen-Klimum vorgelegt und zwei der Thäter wurden von ihm mit Bestimmtheit wieder erkannt. Es waren der Former Jasknyli und der Löhler Jöde, vielfach ver- urtheilte Personen. Sie wurden verhaftet und auch leicht zum Gefängniß gebracht. Als den dritten Thäter bezeich- neten sie den Köpfer Otto Adam, dieser war aber nicht zu ermitteln. Jasknyli und Jöde wurden zu je zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt. Endlich gelang es auch, des Adam habhaft zu werden. Gegen ihn wurde gestern vor der vierten Ferien- Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. Er bestritt ent- scheidend, daß er der dritte Thäter gewesen sei, obgleich der Zeuge Fischer ihn mit Bestimmtheit wiedererkannte. Adam verweigerte, daß ihm die beiden bereits Verurtheilten völlig unbekannt seien, er bekreife nicht, wie diese ihn der Mithäterschaft bezüchtigen könnten. Es blieb nichts anderes übrig, als den Termin zu verlagern, damit Jasknyli und Jöde dem Angeklagten in der nächsten Verhandlung gegenübergestellt werden können.

## Verhandlungen.

Der Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahl- kreis hielt am Mittwoch seine, starkbesuchte, Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Rönnebeck in der üblichen Weise. Wie der Vorsitzende Krücker in seinem Geschäftsbericht mittheilte, konnten im vorigen Quartal infolge der Reichstagswahl nur zwei Versammlungen stattfinden; im übrigen müsse es Aufgabe der Genossen sein, nicht nur dem Wahlverein beizutreten, sondern auch für sein Gedeihen thätig zu sein. Der vom Kassirer Harndt erstattete Rechenbericht ergab mit dem Bestand vom vorigen Quartal eine Einnahme von insgesamt 773.23 M., bei einer Aus- gabe von 421.05 M., so daß ein Ueberschuss von 352.18 M. verbleibt. Auf Antrag der Revisoren, welche die Richtigkeit der Abrechnung be- funden, wird dem Kassirer Entlastung erteilt. Entsprechend einem Antrage Wißmann wird der Vorstand ermächtigt, 250 M. zur Agitation zu verwenden. Unter Ablehnung eines Antrages Thiere beschließt die Versammlung nach längerer Diskussion, daß der erste Vorsitzende Krücker als solcher sein Amt auch fernherin verwaltet. Hierauf werden als zweiter Vorsitzender Riediger, als zweiter Kassirer Pohl, als zweiter Schriftführer Bauer, als Revisoren: Haupt, Schröder und Ulrich



Über den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
 Freitag, den 28. Juli.  
 Neues Opern-Theater (Kroll).  
 Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Residenz-Theater. Momentaufnahmen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Neues. Der Unterpräfekt. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Westen. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Zentral. Die Grille. Anfang 8 Uhr.  
 Ostend. Auf Sumatra. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Belle-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.  
 Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär. Anfang 8 Uhr.  
 Thalia. Die kleinen Bagabunden. Anfang 8 Uhr.  
 Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.  
 Apollo. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.  
 Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
 Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater**  
 Chausseest. 25/26.  
 Freitag, den 29. Juli, abends 8 Uhr:  
 Gesamt-Gastspiel der Schauspieler-Gesellschaft  
**Die Filipptaner.**  
 (Direktion: Karl u. Theodor Rosenfeld.)  
 Zum 8. Male:  
**Zwei Tage Millionär.**  
 Großes Ausstattungsspiel mit Gesang und Ballet in 11 Bildern von Robert Breitenbach.  
 Musik komponiert und arrangiert von Viktor Holländer.  
 Preise der Plätze wie gewöhnlich.  
 Vorzugsbillets und freier Eintritt ungtig.  
 Vorverkauf täglich von 10-1 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
 Samstag 2 Vorstellungen.  
 Kinder zahlen Sonntags Nachmittags halbe Preise.

**Freud-Carl-Weiß-Theater.**  
 Gr. Frankfurterstr. 132.  
 Letzte Woche! Letzte Woche!  
**Auf Sumatra.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Vorzugsbillets haben Giltigkeit.  
 Avis! Um vielen Wünschen nachzukommen, wird im Monat August ein Zyklus beliebiger Volkschauspiele zur Aufführung gelangen. Montag: Hero und Leander. Dienstag und Mittwoch: Kean, od. Leidenschaft und Genie.  
 Die bereits ausgegebenen Vorzugsbillets behalten i. d. Vorstellungen Giltigkeit.  
 Ostend-Theater-Konzert-Garten. Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Gebr. Forré, Müller-Römer, Weidm. Vanoni, Brown Tuttl, Weidm. Petram u. The Garretton.  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Passpartouts haben Giltigkeit.  
 Sonnabend: Sommernachtsfest.

**Reichshallen Garten-Theater.**  
 Leipzigerstr. 77.  
 Täglich um 9 1/2 Uhr:  
**Berlin auf Stelzen!**  
 Buchleise von Agoston-Wilhelm.  
 Ferner das gediegene Spezialitäten-Programm unter anderem:  
**„Das sprechende Pferd!“**  
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Vorher von 7 Uhr ab:  
**Garten-Konzert.**  
 Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im grossen Theatersaal.

**Concerthaus**  
 Leipzigerstr. No. 48  
 Letzte Saison vor dem Abbruch.  
 Täglich:  
**Hoffmann's Quartett und Humoristen.**  
 La Pace (Der Floh).  
 Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.  
**Achtung! Vereine!**  
**Vereinshaus „Süd-Ost“**  
 Waldemarstr. 75.  
 Im August u. September sind noch einige Sonnabende unter fountant Bedingungen zu vergeben.

**Victoria-Brauerei**  
 Lützow-Strasse 111/112  
 (nahe Potsdamer Platz).  
 Garten resp. Saal.  
**Täglich:**  
**Stettiner Sänger**  
 (Weibel, Vietor, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader).  
 Anfang präzis 8 Uhr.  
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
 Familien-Billets à 1 Mark (siehe Plakate).  
**Großartiges, stets wechselndes Programm!**

**Actien-Brauerei Friedrichshain**  
 früher Lps. Am Königsthor.  
 Jeden Freitag:  
**Militär-Frei-Konzert**  
 der Kapelle des 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform.  
 Anfang 7 Uhr.  
 Jeden Freitag:  
 Gr. Fisch-Essen, à Port. 50 Pf.  
**W. Noack's Theater**  
 Brunnen-Strasse 16.  
 Täglich im schönen Garten:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Das goldene Kalb.**  
 Charakterbild in 1 Akt v. C. Dachow.  
**Nord und Süd.**  
 Operette in 1 Akt von Lindeler.  
 Musik von Richard Heile.  
 Im Saale: **Grosser Ball.**

**Schöneberg.**  
**Verband der Bau- u. gewerblichen Hilfs-Arbeiter.**  
 Sonntag, den 31. Juli, in Klingenberg's Volksgarten zu Deutsch-Wilmersdorf:  
**II. Stiftungs-Fest.**  
**Garten-Konzert, ausgeführt von Berufsmusikern. Gesangs-Vorträge, ausgeführt vom Gesangsverein „Rothel Nette“. Festrede, gehalten vom Reichstags-Abg. Fritz Zubeil. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.**  
 Im Saale: **Grosser Ball.**  
 Anfang des Konzerts 4 Uhr. Entree 20 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Bei Eintritt der Dunkelheit: **Grosser Kinder-Festzug.** 29.8\*

**Passage-Panoptikum.**  
**Théâtre-Variété.**  
**Sensationell!**  
 Die schönste **Tätowirte** Sga. **Radolfi** als **Athletin.**

**Castan's Panoptikum.**  
 Major Graf **Walsin-Esterhazy.**  
**Neu!! Lebende Bilder** dargestellt von **6 jungen schönen Damen.**

**Prater-Theater,**  
 Kasernen-Allee 79.  
**„Friede auf Erden.“**  
 Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Scholz. Musik v. H. Kersch. Auftreten d. Kollimouab. Elsa de Planque, d. Gröschne-Duett. Gebr. Milardo, der 3 Warton Humannister, des musik. Klaviers Mr. Barna mit 1. dresd. Katten, der Ostrani Troupe, musik. Excentr. Ballet. Pantomime. **Konzert und Ball.** - Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf. **Kalbo.**

**Pahlmann's Vaudeville-Theater**  
 Schönhauser Allee 148.  
**O diese Radler!**  
 Poffen-Burleske von Oskar Victor-Roeder.  
 Auftreten d. gesammten neu engagierten **Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.**  
 Im Saal: **Gr. Fest-Ball.**  
 Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Konz. 5 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Die Direktion: Ferd. Lehmann.

**Victoria-Brauerei**  
 Lützow-Strasse 111/112  
 (nahe Potsdamer Platz).  
 Garten resp. Saal.  
**Täglich:**  
**Stettiner Sänger**  
 (Weibel, Vietor, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader).  
 Anfang präzis 8 Uhr.  
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
 Familien-Billets à 1 Mark (siehe Plakate).  
**Großartiges, stets wechselndes Programm!**

**Victoria-Brauerei**  
 Lützow-Strasse 111/112  
 (nahe Potsdamer Platz).  
 Garten resp. Saal.  
**Täglich:**  
**Stettiner Sänger**  
 (Weibel, Vietor, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader).  
 Anfang präzis 8 Uhr.  
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
 Familien-Billets à 1 Mark (siehe Plakate).  
**Großartiges, stets wechselndes Programm!**

**Actien-Brauerei Friedrichshain**  
 früher Lps. Am Königsthor.  
 Jeden Freitag:  
**Militär-Frei-Konzert**  
 der Kapelle des 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform.  
 Anfang 7 Uhr.  
 Jeden Freitag:  
 Gr. Fisch-Essen, à Port. 50 Pf.  
**W. Noack's Theater**  
 Brunnen-Strasse 16.  
 Täglich im schönen Garten:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Das goldene Kalb.**  
 Charakterbild in 1 Akt v. C. Dachow.  
**Nord und Süd.**  
 Operette in 1 Akt von Lindeler.  
 Musik von Richard Heile.  
 Im Saale: **Grosser Ball.**

**AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.**  
**Carl Hagenbeck's INDIEN**  
 Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.  
 Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**  
 Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**„Altes Schützenhaus“**,  
 Linienstraße Nr. 5. 1285  
**Sonntag, den 7. August 1898:**  
 Zur Eröffnung der neuen Festsäle: **Grosser Ball.**

**Schweizer Garten.**  
 Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.  
**Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saale **Ball.**  
 An Wochentagen freier Dauertanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3-6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr.  
 Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen. Größeren Vereinen empfehlen wir unser zur Beachtung! Stabliement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

**Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.**  
**Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.**  
 Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Niefenssaal: **Grosser Ball.**  
 Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich beständige Sorge getragen. Um recht regen Zuspruch bitte hochachtungsvoll  
 Karl Mittag, Deconom.

**Max Klien's Sommer-Theater,**  
 Gatenhaide 14/15. - Kräftlicher Leiter: **Paul Milbitz.**  
 Täglich:  
**Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung**  
 The Onra's. - Miss Alice, Jongleuse auf rollender Kugel. - Peppi und Pepino. - The Picard's. - Carl Gursch, Tanzkomiker. - Minni Estera, Kollimouab. - Paul Frey, Humorist. - Franziska Wünsch, Operettensängerin. - Prof. Cano's Regen-Zirkus. - Neu! Junge oder Mädchen, Gefangenspiele in 1 Akt von Suchow. - Neu! Du ahnst es nicht, Schwant in 1 Akt von Reichardt.  
 Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:  
**Grosses Doppel-Konzert.**  
 In den Sälen: **Grosser Ball.**  
 Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 Uhr.  
 Max Klien.

Die Pracht-Vorstellung in den Sälen der  
**Flora-Säle** Bes.: Bernh. Niefert, 17. Weberstr. 17  
 circa 150-1000 Pers. Festlich, hochel. Theaterbühne.  
 Vereinszimmer Sonnabende u. Sonntags Sais on 98,99  
**täglich gratis zu vergeben.**  
 Elektr. Beleuchtung. Balk. neu eingerichtet. Neue Ventilations-Anlage.  
 Gas-Defen-Heizung etc. etc.

**Apollo-Theater.**  
 Täglich um 9 Uhr:  
**Don Juan in der Hölle.**  
 Ferner Auftreten von **Robert Steidl** mit seinen populären Schleglern:  
**„Noch ein Schnäpschen“**  
**„Flora mit der Lora“ u. d.**  
**„Tambour“ u. s. w. u. s. w.**  
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.  
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**Ostbahn-Parf.**  
 Am Köpenicker Platz.  
 Direktion: **H. Imbs.**  
 Täglich:  
**Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.  
 Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saale statt.  
 Keine neuerbauten Festsäle stehen Vereinen zur Verfügung.

Ich erkläre hiermit eine Keuherung, wodurch die Sozialdemokratie herabgesetzt oder beseitigt werden sollte, von dem Herrn Georg Schneider in Klingendorf b. Teltow, Siechlerhalle, weder gehört zu haben, noch darüber etwas gegen irgend jemand geäußert. Die darauf bezüglichen Nachrichten sind mithin aus der Luft gegriffen. 141b  
**Reinhold Kreischer, Georg Schneider.**  
 Ich nehme die Beleidigung gegen Herrn Tiege hiermit zurück. 148b  
**W. Panke.**  
 Bruch-Brechstahlen sind zu haben  
 Hrbankstr. 171, Schulz. 140b

**Guckel's Zahnateliers**  
 Lausitzer Platz 2, Elsassstr. 12, Steglitzerstrasse 71.  
 Bestrenommiert und wohl-bekannt.  
 Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.  
 Rationzahlung gestattet. (Woche 1 M.)  
**Ausschneiden!**  
 Dieser Koupon wird mit 1 M. angerechnet.

**Deutsche Schuh-Fabrik**  
 vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.  
**Erfurt-Iversgehofen**  
 Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.

Wir empfehlen:  
 Herren-Zugstiefel, gewaltt. Spezialität, 7 M. ohne Naht, Spiegel 8,50 M.  
 „ „ Befeh u. Knopferzierung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.  
 „ „ Agraffenstiefel, Befeh, 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.  
 „ „ Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen.  
 Arbeitsschuhe, weill, solb, kräftig, 4,50 bis 6,50 M.  
 Schaffstiefel, Reitstiefel.  
 Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.  
 „ „ Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befeh u. Kappe, von 5,50 M. an.  
 „ „ Schnürschuhe . . . . . von 3,50 M. an.  
 „ „ Hausschuhe . . . . . von 3,00 M. an.  
 Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solb gezeichnet,  
 zu anerkannt sehr billigen Preisen.  
 Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an.  
 Größte Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.  
 Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. 146562\*

**Verkaufsstellen:**  
 Berlin SW., Belle-Alliance-Strasse 102.  
 W. Schillstraße 12.  
 Zettin, Reichsstraße 14.  
 Hannover, Klagesmarkt 7a.  
 Hamburg, Steinstraße 16.  
 Wargenstraße 5.  
 Bremen, Paulsenstraße 75.  
 Düsseldorf, Schadowstraße 57.  
 Köln a. Rh., Eigelstein 66.  
 Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.  
 Zeil 67.  
 München, Sendlingerstraße 10.  
 Dachaustraße 83.  
 Landbergstraße 7.  
 Humboldtstr. 22.  
 Amalienstr. 28.

**Sahrräder.**  
 Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf 49922\*  
**Theilzahlung**  
 ohne Preiserhöhung zu den fountantesten Zahlungsbedingungen.  
 Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.  
**Adomeit & Landau,**  
 Lothringerstraße 48 I,  
 dicht am Rosenthaler Thor.  
**Für 2-3 Mark**  
 Richte sehr groß zu Anabenansagen, Richte zu Herrenanzagen, schöne Muster 7-10 M. Für 12 M. ff. Gebirgs- auch Rennanzagen, Valetot- und Damenreise so lange der Vorrath reicht  
**im Riesenstofflager**  
 Kranienstr. 14, I. kein Laden.

**Zur Schule! Zur Schule!**  
 Alles eilt und hastet, wenn es Zeit wird, zur Schule zu gehen, und da heisst es, die Kinder schnell fertig machen. Es dauert lange, ehe der Kaffee fertig ist. Viel einfacher und vor allem für die Kinder nahrhafter ist eine Tasse Cacao van Houten. Ein Kaffeeöffel voll für eine Tasse genügt, etwas kochendes Wasser drüber, und das erfrischende, leicht verdauliche Getränk ist fertig.

**Institut für Zahnleidende.**  
**Herm. Herod, Elsassstr. 92 I.** (Rosenthaler Thor).  
 Ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart etc.  
 unt. Garantie d. Brauchbarkeit.  
**Künstliche Zähne**  
**Neu! Schmerzloses Zahnziehen und Plombieren!**  
 Gebisse ohne Gaumenplatte, D. R. Patent No. 93 522.  
 Nüher mir darf Niemand in Berlin u. Umgeg. diese patentirten Gebisse anfertigen! Institutpreise! Beiliebige Teilzahl! Sprecht. 9-12, 3-5.  
**Telephon III. 3014.**